

schäftigen Arbeiter sehr gewaltig. Die Ausnützung der Arbeitskraft, die Einführung maschineller Hilfsmittel, man denke nur an die Seilmaschine, muß unbedingt auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter einwirken. Die Fabrikation in den verschiedenen Industrieorten wird dadurch auf eine gleichartige Stufe gebracht. Die Eigenheiten des einen Ortes gegen den anderen gehen durch das großzügige in der Produktion fast vollends verloren. Dieser Gedankengang hat auch in dieser Branche schon seit einigen Jahren seinen Fuß gefaßt und findet seinen besten Ausdruck in dem Festhalten der Tarifkommission der Wagenbranche für das ganze Reich. Darüber besteht nun aber auch kein Zweifel, daß in weiten Kreisen die Ansicht vertreten ist, daß man von solchen Kommissionen etwas mehr erwartet als bisher geübt ist. Um jedem Mißverständnis von vornherein die Spitze abzubrechen, betonen wir ausdrücklich, daß niemand der leitenden Körperschaft einen Vorwurf machen will. Es ist schließlich schwer, im Nebensatz einen solchen Kosten vollständig auszuwählen. Vielleicht ließe sich aber auch eine Vergrößerung der Kommission erwägen, um die angefangenen Arbeiten auf mehrere Schultern zu verteilen. Jedenfalls steht es fest, daß eine solche Kommission Arbeit in Hülle und Fülle vorfindet und daß heute schon eine Regelung verschiedener Fragen über das ganze Reich hin möglich wäre. Unlängst wurde von einer Verwaltungsstelle die Frage angeregt, wir glauben, es war Mannheim, eine Konferenz der Autofattler Süd- und Westdeutschlands abzuhalten. Der Zentralvorstand diesem Plan nicht völlig abgeneigt gegenüber, obwohl wir keine Freunde allzuvieler Konferenzen sind. In diesem Falle haben wir aber miere Zustimmung veriaat, weil jede Vorbereitung für fruchtbringendes Arbeiten auf dieser Konferenz schelte. Und doch möchten wir behaupten, daß die Zeit nicht mehr fern liegen kann, wo an die Einberufung einer derartigen Konferenz für das ganze Reich gedacht werden muß. Von diesem Gesichtspunkte aus müssen auch die Arbeiten der Tarifkommission geleitet sein, nicht der Konferenz halber, sondern um mittels einer derartigen Zusammenkunft neue Wege und Mittel zu finden, die Interessen der Branche zu fördern. Als Vorarbeiten zu solcher Konferenz können gedacht werden: die Aufnahme einer Statistik über die Lohn- und Arbeitsbedingungen, Feststellung der üblichen Arbeitsmethoden, die Einwirkungen der maschinellen Hilfsmittel auf den Produktionsprozeß und der-

gleichen mehr. Ferner inwiefern heute schon Tarifverträge in der Branche üblich sind und inwieweit die Arbeitgeber heute schon vertragsfähig sind. Die aus diesen Arbeiten sich ergebenden Resultate sind wieder in Forderungen an die Arbeitgeber oder in Vorlagen an die Konferenzteilnehmer umzusetzen. So denken wir uns, daß es möglich sein wird, im weitgehendsten Maße der Branche und ihren Angehörigen dienlich zu sein. Zu erwägen wäre ferner, ob die Interessen der Waagonfaktler, der Fahrradarbeiter und der Kinderwagenindustrie angegliedert werden können. Innerer Auffassung nach ange dieses sehr gut. Daß diese Aufgaben nicht von einer Person geleistet werden können, ist für jeden einsichtigen Kollegen klar. Die Dinge liegen aber so, daß es in Berlin sehr leicht möglich wäre, die bestehende Kommission so auszugestalten, daß sie auch zu praktischen Arbeiten fähig wäre; die Personen sind jedenfalls am Blase.

Was hier für die Wagenbranche gesagt wurde, gilt bis zu einem ganz bestimmten Grade für die Dreibriemenindustrie. Wir dürfen uns Wiederholungen ersparen und nur darauf verweisen, daß die Vorbereitungen hier in noch weitgehendem Maße bereits erfüllt sind infolge der Einfachheit der Produktion. Sineu kommt noch, daß gerade in diesem Berufe eine Arbeitgebervereinigung besteht, allerdings nur auf streng kommerzieller Grundlage, welche uns schon seit Jahren Achtung einflößte durch die Geschlossenheit und ihre Energie in der Vertretung ihrer Interessen. Es wird hierdurch der Beweis erbracht, daß die Interessen der Branche im ganzen Reiche gleich gelagert sind, und auch hier die Möglichkeit besteht, auf der oben angegebenen Grundlage vorwärts zu kommen.

Wenn wir die Lederwarenbranche und die Militäreffektenattler hier noch anführen, dann nur zu dem Zweck, um daran zu erinnern, daß die von uns aus gewünschte Wahrnehmung der besonderen Brancheninteressen dort seit Jahren schon geübt wurde, und mit welchem Erfolge, ist ja zur Genüge bekannt. So dürften diese Zeilen dazu beitragen, die Diskussion über die angeordneten Fragen in den Versammlungen und in unserem Organ zu eröffnen, um so die Kollegen etwas mehr für ihre eigenen Berufsinteressen zu interessieren. Es schadet durchaus nichts, wenn man in unserer Zeitung auch einmal etwas mehr über die anderen Sparten zu lesen bekommt, sonst kommt man zu dem Glauben, daß nur Heiseeffektenattler und Portefeuille-

bei uns organisiert sind. Wenn auch infolge der letzten Lohnbewegung zahlreiche Mitglieder aus der Lederwarenindustrie neu gewonnen wurden, so steht doch ohne allen Zweifel fest, daß der übergroße Teil der seit der Verschmelzung neu-gewonnenen Kreise aus den Sattlerbranchen sich rekrutiert. Mit Naturnotwendigkeit erzeugt die Organisierung dieser Kollegen auch wieder auf der anderen Seite Forderungen an die Organisation, und dieses auch mit Recht. Deshalb sind wir genötigt, Mittel und Wege zu finden, um diese gerechtfertigten Forderungen an die Organisation befriedigen zu können und wir glauben, in den vorliegenden Zeilen einige Fingerzeige gegeben zu haben. Die Ausführung dieser Gedanken liegt aber in den Händen unserer Mitglieder selbst. Darum regt es uns sehr!

Die Sulcah und der Kampf um den Sattlermeister.

Wir hatten bereits in unserer vorletzten Nummer darauf verwiesen, daß der Bund deutscher Sattlermengen sich in den nächsten Tagen ein Stellweihen in Hamburg gibt und dabei Gelegenheit genommen, den famosen Aufruf zu diesem Bundestag etwas niedriger zu hängen. In derselben Nummer des grauen Organs war auch eine sonderbare Erklärung enthalten, in der gesagt wurde, daß die in derselben Zeit dort stattfindende Ausstellung von Sattler- und Lederwaren nichts mit den deutschen Annungen zu tun habe. Soviel wir uns erinnern, fanden die bisherigen Veranstaltungen immer in innigen Zusammenhänge mit dem Verbandstage. Auf einmal nun nicht mehr. Im Laufe der verfloffenen Woche sollte uns die Aufklärung werden. Von verschiedenen Seiten erhielten wir ein großes achtseitiges Flugblatt zugestellt, aus dem wir ersehen, daß die treibende Kraft dieser Ausstellung ein Herr Erich Stod aus Hannover ist, seines Zeichens Leitungsverleger und Herausgeber einer Offertenzeitung für Sattler. Die „Sulcah“, lies Sattler- und Lederwaren-Ausstellung in Hamburg, ist also zunächst das Werk dieser Firma und hat sich, dem Flugblatt zufolge, auch bei den früheren Veranstaltungen stark beteiligt. Die Gründe, die den Innungsvorstand in Hamburg und den Bundesvorstand in Berlin veranlaßt haben, mit diesem Herrn nicht mehr zu passieren, sind uns unbekannt. Die ganze Geschichte ange uns auch nicht das geringste an, wenn nicht in dem Flugblatt Dinge behauptet werden, die für die Leitung der Innung stark kompromittierend sind. Es darf mit Sicherheit erwartet werden, daß der Bundesvorstand gegen die Firma Stod flagbar vorgehen wird, wenn die einzelnen Herren sich nicht blamieren wollen. Wir müssen auch die Verantwortung für diese Behauptungen dem Verfasser des Flugblattes überlassen. Herr Stod behauptet,

Die Weltsprache.*)

Von Felix Linke.

Den ersten verhältnismäßig großen Erfolg erlangte in den achtziger Jahren des verfloffenen Jahrhunderts der Kaiser Schleier mit seinem Volapük. Diese Weltsprache hat sich zwar nicht gehalten, aber sie hat doch das wertvollste Ergebnis gehabt, das sie haben konnte, nämlich nachzuweisen, daß es möglich ist, eine Kunstsprache so zu erfinden und auszubilden, daß sie allen sprachlichen Anforderungen gerecht werden kann, daß sie geübt, die Gedanken damit deutlich und klar auszudrücken. Das sollten wir eigentlich von vornherein wissen, wenn wir nicht voreingenommen wären. Denn wenn unsere Väter, die sicher dümmer waren als wir, eine Sprache erfinden konnten, dann werden wir es mit den geistigsten Hilfsmitteln wohl auch können. Das Problem, eine Sprache zu erfinden, ist gar kein so hohes, wie viele uns schon lange beschäftigenden anderen Probleme. Schleier hat es gelöst. Wie aber jede erste Erfindung noch nicht für und fertig dastehet wie Pallas Athene, so auch das Volapük. Wir haben jetzt viel bessere Kunstsprachen, z. B. das Esperanto und das fortgebildete Ido. Esperanto ist erfunden worden von Dr. Zamenhof, der es bereits 1887 der Öffentlichkeit übergab. Die sich im Laufe der Zeit ergebenden Verbesserungen führten dann zu dem Ido, das jetzt allgemeinere Verbreitung findet und außerordentlich bildsam und ergaß ist. Es ist nun nicht gesagt, daß diese Sprache schon die endgültige Form der späteren Weltsprache sein wird. Dennoch zeigen die neueren Erfindungen be-

reits, daß man sich in der Richtung bewegen muß, in der Esperanto und Ido liegen und daß sich da eine Zweifelform herausbilden wird, die wahrscheinlich nicht zu abweichend von den genannten beiden Sprachformen ist.

Aufgabe der Reformator ist es nun, für eine internationale Hebererksunft zu sorgen, die ein bestimmtes System festlegt und dann autoritativ verteidigt. Zu dem Zwecke soll ein WeltSprachamt begründet werden, das mit internationaler staatlicher Autorität bestückt wird und alle die internationale Diskussionsfrage angehenden Fragen entscheidet. In neuerer Zeit hat sich besonders der berühmte Chemiker Wilhelm Ostwald der Sache angenommen, der sich überhaupt um die internationalen Verbrühungen ein großes Verdienst erworben hat. Seine Ansichten legte er ausführlich nieder in einer kleinen Schrift „Sprache und Verkehr“, die vor kurzem im Verlage der Akademischen Verlagsgesellschaft in Leipzig erschienen ist. (Preis 1 Mk.). Wer sich daher näher für alle diese Dinge interessiert, mag das genannte vorzügliche Schriftchen zur Hand nehmen, aus dem man eine große Fülle reicher Anregungen schöpfen kann.

Aus der Erkenntnis heraus, daß für nationale Angelegenheiten nur die Nationalgesprachen Verkehrsmittel sein können und gemäß der Forderung, daß die internationale Hilfssprache für die internationalen Angelegenheiten geschaffen werden soll, geht hervor, daß die wichtigsten internationalen Angelegenheiten für die Ausbildung der Weltsprache auch ausschlaggebend sein müssen. Als wichtigste kommen aber Wissenschaft und Technik in Betracht, die auch zuerst begonnen haben, sich international zu organisieren. Die Schönheit der Sprache darf erst nachher Berücksichtigung finden. Es wurde sich dann der Vorteil einsehen, der schon jetzt beim Ido vorhanden ist, daß die Texte (in Ido um über ein Viertel) kürzer sind als in Deutsch. Die prägnante

Kunstsprache gestattet auch eine viel bessere und genauere Hebertragung in eine andere Sprache, als die individuellen Nationalgesprachen ineinander, die für gewisse Begriffe gar keine selbständigen Bezeichnungen und Wörter haben und sie vielfach ungenau und ungenau umschreiben, die ferner bei ihren vielen Dialekten sehr viele Synonyma Wörter, die das gleiche oder ganz nahe Verwandtes bezeichnen haben, ohne daß ihnen ein besonderer Wert zukommt. In Wirklichkeit ist das letztere nämlich gar keine besondere Reichhaltigkeit einer Sprache; jedenfalls läßt sich künstlich der Forderung auf großen Reich-tum viel besser nachkommen als in den natürlichen Sprachen. Wer nun einen Blick auf die Konstruktion einer auf wissenschaftlicher Grundlage errichteten künstlichen Sprache geworfen hat, dem ist es alsbald klar, daß durch die allgemeine Methode der Ableitung von Begriffsschattierungen durch ein für allemal feststehende Ableitungsformen ein sehr viel größerer Reich-tum in der künstlichen Sprache erzeugt wird, als er in irgendeiner natürlichen besteht. Im Deutschen kann man beispielsweise sagen Tischler und Töpfer, nicht aber Modler, Stiefler, Messerler usw. In Esperanto und Ido dagegen kann man an jeden Namen eines Gegenstandes — isto hängen und hat damit die Bezeichnung für den Mann, der den Gegenstand beruflich oder regelmäßig herstellt. Man begreift alsbald, wie dieser Grund-satz, daß jede mögliche Ableitung auch richtig, d. h. zulässig ist, den Reich-tum der Kunstsprache gegenüber der natürlichen steigert, welche zahllose möglichen Ableitungen wegen mangelnden Sprachgebrauches verbietet. In dieser Beziehung sind uns unsere Kinder überlegen, welche solche Ableitungen unbefangenen können. Wir gewöhnen sie ihnen mühsam ab und machen unsere eigene Sprache dadurch nicht besser, sondern nur ärmer.

Wer eine fremde Sprache lernt, muß die Unregelmäßigkeiten der eigenen mit denen der fremden

* Der Artikel dürfte bei einem großen Streife unserer Mitglieder auf ein großes Interesse stoßen, um so mehr, als sich dieser Gedankengang mit dem vom Kollegen Selenbach auf dem Dresdener Gewerkschaftskongreß geäußerten vollständig deckt.

daß die Ueberschüsse der Berliner Ausstellung in Höhe von 1200 M. und eine Stiftung der „Deutschen Sattlerzeitung“ im Betrage von 500 M. dazu bestimmt gewesen seien. Die Berliner Sattlerfachschule auszusatteln. Alle die Kollegen, welche seit 1 1/2 Jahrzehnten im Gefellenauschuh tätig waren und die Misere in der Fachschule kennen, werden zugeben, daß es wirklich notwendig wäre, für diese Institution einige Mittel auszumieren. Herr Stod behauptet nun, daß diese Mittel zur Schaffung des neuen Bundesorgans, dem grauen Mäntchen, verbraucht wurden. Wir haben kein Recht, über diese Dinge zu urteilen, es ist vollkommen Sache der Innungen, wie sie ihr Geld verpulvern. Wenn es sich aber als wahr herausstellen sollte, daß diese Gründung auf Kosten des lehrbedürftigen Nachwuchses geschehen ist, dann würde unserm Berliner Gefellenauschuh die Interpellation des Herrn Zehle nicht erspart bleiben. Aus dem Flugblatt geht noch weiter hervor, daß Herr Stod seine Zeitung dem Bundesvorstand zum Kaufe angeboten hat, Herr Zehle jedoch keine Antwort darauf gab. Aus diesen Gründen heraus erklärt sich auch die Aivalität zwischen der Bundesleitung und der Offertenzzeitung. Herr Stod geht nun in seinem Flugblatt so weit, daß er der Bundesleitung wissenschaftliche Fälschung der Bilanz vorwirft und weist dem Bundesvorstand eine Schuldenlast von annähernd 5000 M. nach. Aus diesen Aufstellungen geht hervor, daß die obigen 1700 M. von der Berliner Innung geliehen sind und daß auch Herr Förster noch 1200 M. von der Zeitung, anscheinend für seine frühere Redakteurstätigkeit, zu fordern hat. Uns wundert nur eines, wie Herr Stod zu diesen Internas des Bundes kommt. Da muß es doch mit der Einigkeit, die in der letzten Nummer so über den grünen Alee gelobt wird, recht faul bei den Leuten um Herrn Zehle stehen. Interessant ist ferner die Mühsigkeit, um der Herr Stod um seine Ausstellang, um seine „Suleah“, wie sie streng modern getauft wurde, kämpft. In dem umfangreichen Flugblatt, welches als ein Vortrag an die deutschen Sattlermeister bezeichnet ist, mit dem wunderlichen Motto: „Sallet eure Taschen zu!“, sind nicht weniger als fünf Beschwerdeschriften abgedruckt, die an die verschiedensten Aufsichtsbehörden für die Innungen, an die Hamburger Polizeibehörde und sogar an den Reichsanzler in „Sohefinow“ gerichtet sind. Herr Stod entschuldigt sich beim Reichsanzler, daß er seine Ferienruhe auf seinem Brandenburger Gute hören müsse, infolge der polizeilichen Willkürakte der Hamburger Polizei gegen die „Suleah“. Wir sind neugierig, was bei diesen Beschwerden gegen die Berliner Innung und auch im allgemeinen gegen den Bund herauskommen wird. Herr Zehle soll es unferes Wissens nach abgelehnt haben, den Verleger der Offertenzzeitung gerichtlich zu belangen und will man die Erledigung der von Herrn Stod eingereichten Beschwerden abwarten. Der Haupttrumpf in dem Flugblatt liegt allerdings darin, soviel als möglich Sattlermeister zum Ausstellen in Hamburg zu ver-

wegen und zum Besuch dieser Ausstellung zu veranlassen, um dann in Hamburg einen neuen Bund deutscher Sattlermeister zu gründen. Daß das Geschäft dabei nicht zu kurz komme, wird der Plan entwickelt, die letzte Offertenzzeitung als offizielles Bundesorgan zu proklamieren, d. h. Herr Stod tritt dem neuen Bund die Zeitung fälschlich ab. Man sieht, wie wir mit der Lektüre des großen Flugblattes zu Ende, fliegt uns ein neues auf den Redaktionstisch, in dem der spezialisierte Nachweis erbracht werden soll, daß die Berliner Innung für gemeinnützige und eigentliche Innungsangelegenheiten 780 M. und für Verwaltungskosten, hauptsächlich aber persönliche, 5874 Mark im Jahre ausgiebt. Wir haben kein Bedürfnis, dem Verfasser in seinen Vorwürfen gegen Herrn Zehle und seinen Getreuen zu folgen. Wir sind nicht erst seit gestern und heute von der Zwecklosigkeit der Innungen im allgemeinen überzeugt, sondern schon seit langen Jahren. Die Motive, die Herrn Stod bei der ganzen Sache leiten, scheinen uns zu durchsichtig und können wir uns auch durch die Gleichartigkeit der Auffassung über den Hamburger Anruf, den wir in voriger Nummer kritisierten, und der zu gleicher Zeit völlig voneinander unabhängig auch in dem Flugblatt verurteilt wurde, nicht beeinflussen lassen. Sollte sich ein neuer Bund deutscher Sattlermeister gründen, was wir aber bei der bekannten Schmerzhaftigkeit unserer Kräfte nicht zu erwarten haben, so würde sich der derzeitige Leiter des Unternehmens genau so abstrakt gegenüber der Gehilfenschaft stellen wie es bisher der alte Kurs getan hat. Ob Berlin oder Hannover, ob Zehle oder Stod, ob Bund deutscher Innungen oder freier Bund der Sattlermeister, kann uns ziemlich gleichgültig sein; wir haben für das eine sowie für das andere herzlich wenig übrig. Der Wunsch des Herrn Stod, „die 30000 Sattlermeister unter einen Hut zu bringen“, kann als ein sehr frommer bezeichnet werden, zeigt unseren Kollegen in Stadt und Land aber den Weg, den sie einzuschlagen haben. Sine in den Verband der Sattler und Portefeuller! Das kann nur die Antwort in diesem Kampf um den deutschen Sattlermeister sein. B.

Buchbinderverband kontra Sattler- und Portefeullerverband.

Einige Funktionäre des Deutschen Buchbinderverbandes in Gemeinschaft mit der „Buchbinder-Zeitung“ fühlen von Zeit zu Zeit das Bedürfnis, unsere Affen, welche unter obigem Krubrum in unserm Archiv aufbewahrt werden, hildleibiger zu gestalten. Mit Bedauern sehen wir dieses Wachstum an, trösten uns aber immer wieder mit dem Gedanken: Wer schimpft, hat Unrecht! Dieses Sprichwort bewahrheitet sich trotz seines hohen Alters fast jeden Tag aufs neue. Wenn nun das Unrecht in dem Maße gemachtes ist, in dem die Schimpferei zunimmt, so muß die Leitung des Deutschen Buch-

binderverbandes arg im Unrecht sein, wenn sie die Auslassungen ihres alten Schmerzes über die vor circa 10 Jahren erfolgte Gründung des Portefeullerverbandes in persönliche Beleidigungen und Verunglimpfungen fließt. In den Streifen des Buchbinderverbandes wird krampfhaft nach Ausfällen gesucht, dem Verband der Sattler und Portefeuller eins auszuweisen, um ja den Streit nach Keimbahn nicht verkommen zu lassen. Bedauerlich dabei in es, und in erster Linie für die allgemeine Gewerkschaftsbewegung, wenn einige Funktionäre ihre Ausbrüche mit Behauptungen speien, die im krassen Gegensatz zur Wahrheit stehen. Schon in Nr. 30 unseres Tragens haben wir in der Erklärung „Zur Abwehr“ das Flugblatt eines Berliner Funktionärs des Buchbinderverbandes, Viktor Brucks, erwähnt, ohne auf den Inhalt des näheren einzugehen. Unser Meinlichkeitsgefühl läßt es nicht zu, solche Prekerzeugnisse anders als wie mit der Kohlenzange anzufassen, wollen wir uns nicht daran beschreiben. Vielmehr wurde der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission von unserer Berliner Ortsverwaltung am 15. Juli d. J. ersucht, in einer Sitzung den uns gemachten Vorwürfen der Wiesenthalerei nachzugehen. In diesem Schreiben wurde, und im Vollgefühl des Rechts auf unserer Seite, vom Kollegen E. Schulze in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Berliner Verwaltungsstelle ausdrücklich betont, daß wir uns jeder Entscheidung dieser Artung fügen. Trotzdem der Zeitung des Buchbinderverbandes diese Tatsache bekannt war, war das Flugblatt in fast wortgetreuer Wiedergabe am 22. Juli in der „Buchbinder-Zeitung“ zu lesen. Inzwischen hat eine Sitzung des Ausschusses der Berliner Gewerkschaftskommission stattgefunden, in der vereinbart wurde, vorläufig Wartestellung zu üben. Unsere Verbandsleitung hat wiederum diese Abmachung respektiert, die „Buchbinder-Zeitung“ dagegen hat unter Hervorkehrung der schon so oft zuletzt auf dem Erfurter Verbandstag widerlegten Einwürfe, der Verband der Portefeuller, später der Verband der Sattler und Portefeuller hat unlautere Agitation getrieben und dabei besonders die niedrigen Beiträge hervorgehoben, sich darüber hinweggesetzt. Wir sind seit überzeugt, daß weder die „Buchbinder-Zeitung“ noch der Vorstand des Buchbinderverbandes in der Lage sein werden, auch nur einen Fall nachzuweisen, wo einer unserer Funktionäre im Sinne der gemachten Vorwürfe agitiert und gehandelt hat. Wir berufen uns hier auf den von uns in Nr. 25, vom 24. Juni 1910 gebrachten Bericht über den 11. Verbandstag der Buchbinder in Erfurt, dem auch von der „Buchbinder-Zeitung“ nicht widersprochen worden ist, weil ihm in sachlicher Art nicht widersprochen werden konnte. Es erübrigt sich daher auch jetzt für uns, auf den letzten Aufzug der „Buchbinder-Zeitung“ vom 5. August d. J. des näheren einzugehen oder das Flugblatt des Herrn Viktor Bruck trotz der einhalb Zentimeter großen Lettern, die zu seiner Herstellung verwendet wurden, entsprechend zu würdigen. Bemerken wollen wir noch,

vereinen lernen, was nur durch massenhaftes Auswendiglernen geschehen kann. Ist dagegen nur die Aussprache zu erlernen, so fällt der schwierigste Teil, die Unregelmäßigkeiten der fremden Sprache, fort; es bleibt nur die logische Konstruktion der Aussprache, die nun wirklich den Bestand schärft, namentlich beim Vergleichen der Konstruktionen mit denen der mangelhaften Muttersprache.

Eine Weltprache wird also die mannigfachen Vorteile mit sich bringen. Man denke bloß an die Segnungen, die ein international präzise feststellbares Recht mit sich bringen würde. Sie wird auch die Meinungen namentlich an den Sprachgrenzen vermindern, und überhaupt den Sinn mehr auf das Gemeinsame der menschlichen Gesellschaft lenken, das doch unbedingt viel höher steht, als die Nation und ihre Auswüchse, z. B. der ekelhafte Chauvinismus.

Die Arbeiter und die Weltprache.

Alle Hilfsmittel zur Anbahnung eines regen internationalen Verkehrs werden natürlich von der Arbeiterklasse als kleine Stappen auf dem Vorwärtse der allgemeinen Verbrüderung der Menschheit freudig begrüßt. So auch die Weltprache. Die Arbeiter haben ja seit Jahrzehnten ihre internationalen Kongresse und mit dem Eintreten bislang völlig unentwickelter Länder in den Kreis des kapitalistischen Betriebes werden die internationalen Arbeiterkongresse immer bunter. Auch da wird die Forderung einer Weltprache immer dringender werden und sich bald zu einer Notwendigkeit gestalten. Es ist daher zu erwarten, daß auch die Arbeiterfunktionäre, ihre Vertreter, Beamten und Angestellten, Delegierten usw. sich des Hilfsmittels einer internationalen Hilfssprache bedienen werden, sobald sich die Dinge in dieser Hinsicht einigermaßen konsolidiert und geklärt haben werden.

Diese Idee ist natürlich auch schon aufgegriffen worden, und zwar mit Recht. Wie so vielfach, sieht man aber auch hier weit über das Ziel hinaus. So hat doch schon ein Arbeiterblatt begonnen, in der Weise für die Idee der Weltprache Propaganda zu machen, daß es die Grammatik und Vokabeln des Esperanto seinen Lesern servierte. Dieser Eifer ist nicht nur verfrüht, sondern auch gänzlich verfehlt. Sollen denn die Arbeiter auf diese Weise Esperanto lernen? Es war wenigstens so beabsichtigt. Nun frage ich, was hat es für einen Zweck, wenn ein Dessauer Arbeiter seinen Kopf mit Esperantovokabeln vollstopft? Was ist mit dieser ganzen Prozedur beabsichtigt? Wann soll er diese Kenntnisse — so wertvoll er sie sich auf diese Weise aneignen kann —

Es ist mit dieser Sache genau so wie mit den unsinnigen Weltbewegungen, die seit Jahren schon in der Arbeiterschaft grassieren: Stenographie und Unterricht in Orthographie. Heinrich Schulz hat bereits vor acht Jahren in der „Neuen Zeit“ schon einmal darauf hingewiesen, daß es ganz gleichgültig wäre, ob ein Arbeiter in einem Schreiben fünf oder zehn orthographische Fehler macht, und darin hat er völlig Recht. Man möge doch immer abgesehen sein der Tatsache, daß es nicht viele Deutsche gibt, die orthographisch schreiben können. Denn wer soll sich alle die Regeln und Abregeln behalten, die im grünen Tisch gemacht sind und alle zehn Jahre eine mehr oder weniger vernünftige Abänderung erfahren, nachdem wirklich gründliche Reformen immer abgesehen werden?

Die Hauptsache ist, daß man sich logisch ausdrücken kann, soweit das durch die Sprache überhaupt möglich ist. Es ist daher ein Unfug, Arbeiter mit dergleichen Dingen zu belästigen, die ihre Zeit für die Angelegenheiten ihrer Organisation besser gebrauchen können. Wer von ihnen geschickt genug ist, Funktionen zu übernehmen, bei deren Ausübung

er dergleichen Dinge nötig hat, der wird noch immer lernen können. Aber man vergegenwärtige sich den müden Arbeiter, der sich abends hinsetzt und Stenographie lernt. Die schwierige Faust kann die leichte Feder nicht führen. Zudem muß man auch wissen, daß zum erfolgreichen Stenographieren noch mehr gehört, als bloß die Regeln anwenden zu können. Es gehört dazu vor allen Dingen ein gewandter Geist, und der ist von den Arbeitern, die von früh bis spät fronen, nicht zu verlangen. Darin ist ihm eben die Wortgewandtheit zweifellos voraus, die ihre Söhne auf die besseren Schulen schicken kann, wo sie dann beinahe Jahrzehnte lang die Schulbank drücken und sich dabei eine ganz andere Routine aneignen, als der Handarbeiter das kann. Zum erfolgreichen Stenographieren gehört eine sehr reiche Bildung, und das zeigt schon und erklärt, warum es wohl so viele Stenographen und Stenographinnen gibt, aber dennoch so wenige, die allen in der Praxis vorfindenden Anforderungen wie z. B. Parlamentsdienst und dergleichen, gewachsen sind. Denn man muß den Stoff eigentlich beherrschen oder doch wenigstens eine Bildung haben, die gestattet, ihn nahe zu kommen, wenn man ihn wirklich stenographieren will. Die Reichstagsstenographen sind alle aus freier Kontinenz hervorgegangen und das Ende vom Liede ist, daß sich da lauter Akademiker zusammengefunden haben. Das liegt eben in der Natur der Sache begründet.

Man verführe uns also mit Arbeiterstenographenbänden und Arbeiter-Esperantisten, ebenso wie mit Unterricht in Orthographie. Dafür treibe man besser Geschichte, Literatur und Naturwissenschaft. Das ist viel nötiger und interessanter. Das andere ist Zeit- und Arbeitsvergeudung, die niemandem nutzt und die Kräfte für wichtigeres nur entzieht und zerplittert.

daß dem Genossen Kloth das Auditorium der „Buchbinder-Zeitung“ zu klein ist, auch die „Gleichheit“ muß dazu herhalten, in Form von Berichtigungen sein Weggeschrei aufzunehmen.

Die Frage, was veranlaßt diesmal einige Buchbinderverbände, unserer Verband den Vorwurf der Organisationszerstückelerei und Ähnlichem zu machen? können wir damit beantworten, daß es einigen Buchbinderverbänden nicht gefällt, wenn wir uns unserer Haut wehren und uns nicht von ihnen über den Köpfel barbieren lassen wollen.

Wir werden aber nicht in die Tonart der „Buchbinder-Zeitung“ oder eines Viktor Bruds verfallen, sondern uns mit der Feststellung von Daten und Tatsachen begnügen. Dem Urteile der Öffentlichkeit sehen wir ebenso getrost, wie der Entscheidung des Ausschusses der Berliner Gewerkschaftskommission oder einer anderen Gewerkschaftsinstanz entgegen. Ja, wir versprechen schon heute, keine nichtigen Einwendungen vorzubringen, die einem Kneifen sehr ähnlich sehen, sollen wir, was völlig ausgeschlossen ist, als die Schuldigen bezeichnet werden. Uns leitet einzig und allein nur das Bestreben, Klarheit zu schaffen und den unglücklichen Zustand zu beseitigen, daß zwei der Generalkommission angegliederte Organisationen es als ihr statutarisches Recht halten, sogar es als ihre Pflicht erachten, bei den Angehörigen einer Berufsgruppe zu agitieren.

Nun zur Sache selbst.

Im Herbst 1909 wurde im Zentralbureau des Verbandes der Sattler und Portefeuller über den Streik bei der Firma Bunte mit den Vertretern der Unternehmerorganisation verhandelt, wobei die Kollegen Blum und Weinschild den Vorsitz führten. Im Verlauf dieser Verhandlungen wurde auf Anregung des Lehrgenannten die Frage erörtert, ob es nicht möglich sei, einen Tarifvertrag für die Berliner Album-, Mappen- und Galanteriebranche auszuarbeiten und zur Einführung zu bringen. Diese Idee fand allgemeine Zustimmung und wurde am 16. Oktober 1909 durch Annahme eines Vertrages, der dem Berliner Tarif für das Portefeuller- und Meißnerartikelfeld völlig entspricht — nur die Lohnsätze fand eine andere Regelung — in die Tat umgesetzt. Der Ablaufstermin wurde auf den 30. Juni 1911 festgesetzt.

Im Spätsommer 1910 beschäftigte sich unser Zentralvorstand mit der Vorbereitung zur Tarifbewegung 1911. Dabei kam zum Ausdruck, auch den Buchbinderverband zu den Vorarbeiten einzuladen. Dies ist dann auch geschehen. Im September 1910 fand in Frankfurt a. M. die erste Besprechung statt, zu der der Buchbinderverband zwei Delegierte entsandte. Hier wurde u. a. beschlossen, einen Tarifentwurf auszuarbeiten, in dem alle Unterbranchen, auch die Berliner Album-, Mappen- und Galanteriebranche berücksichtigt werden. Kollege Weinschild hat den Entwurf ausgearbeitet, welcher den beteiligten Ortsverwaltungen, auch dem Buchbinderverbande, in mehreren Exemplaren zugegangen ist, damit die Mitglieder dazu Stellung nehmen sollen. In dem Begleit Schreiben wurde eine Rücksendung der Entwürfe inlusive der von den Arbeitern aufgestellten Forderungen erbeten. Diese sollten dann gesichtet und in Form drücklicher Tarifvertragsentwürfe gebracht werden. Mit dieser Arbeit wurde ebenfalls Kollege Weinschild einstimmig betraut. Dies ist also nicht wahr, wenn von Buchbinderverbänden die Behauptung verbreitet wird, der Buchbinderverband habe allein die Kosten der Album-, Mappen- und Galanteriearbeiterbewegung getragen. Wir tun uns darauf nichts besonderes zugute, wenn wir zur Steuer der Wahrheit feststellen, daß die materiellen Kosten zum Teil, die geistigen aber fast ganz auf unser Konto zu setzen sind. Im übrigen herrscht auch beim Buchbinderverband die Geselligkeit, nach Abschluß einer gemeinsam geführten Bewegung uns die Rechnung zu präsentieren. Bis heute ist dies nicht geschehen, da ja diese Bewegung noch nicht erledigt ist, also von einer alleinigen Kostendeckung der Buchbinderverband nicht gut reden kann, wenn er die Wahrheit nicht ins Gegenteil verkehren will.

Während nun unsere Ortsverwaltungen es möglich machten, gleich bei Beginn des neuen Jahres die abgeänderten Tarifentwürfe zurückzusenden, mußten die Buchbinder mehrere Male darum gemacht werden. Es mag zum Teil an den persönlichen Verhältnissen liegen und daran, wie die Funktionäre des Buchbinderverbandes in Berlin zueinander stehen, daß erst am 20. Februar d. J. der Genosse Würzberger den Tarifentwurf an die vereinbarte Adresse sandte. Mit abgeprochen, sollte der Berliner Entwurf sofort in Druck gegeben werden, und zwar sollten die Sonderwünsche der Album-, Mappen- und Galanteriearbeiter in Antiqua dem Tarif für das Portefeuller- und Meißnerartikelfeld eingefügt werden. Damit war Würzberger einverstanden. Viktor Bruds porträtierte sich in einem Schreiben vom 23. Februar und verbat sich eine derartige Drucklegung. Inzwischen

ging noch ein anderer Entwurf des Buchbinderverbandes bei uns ein. Um aus dem Kubelwunder herauszukommen, wurde von uns beantragt, eine Lohnkommissionsitzung anzuberäumen, in der der Vertragsentwurf durchgesprochen werden sollte. Man einigte sich auf den 7. März. Hier wurde Bruds veranlaßt, die Anpassungen in seinem Schreiben vom 23. Februar zurückzunehmen, was er dann auch mit der Entschuldigung tat, sich im Irrtum befunden zu haben. Wenn Bruds ja schließlich sehr oft gezwungen ist, von ihm aufgestellte unbeweisbare Behauptungen wieder zurückzunehmen, so wollen wir in seinem Interesse davon absehen, sein Schreiben vom 23. Februar 1911 zu veröffentlichen.

In der Sitzung vom 7. März wurde beschlossen, daß für die Album-, Mappen- und Galanteriebranche ein Sondertarif eingereicht werden soll. Von unserer Seite wurde darauf gedrungen, die Mitglieder des Buchbinderverbandes waren auch damit einverstanden, daß in der Einleitung des Vertrages unser Verband als Kontrahent mit aufgeführt wird. In der Versammlung am 13. März wünschte Bruds, es möge eine Erklärung abgegeben werden, wonach wegen des Album-, Mappen- und Galanteriearbeitertarifs eine besondere Versammlung stattfinden und daher nicht Gegenstand der heutigen Versammlung sein soll. Dies ist geschehen. Nun wurden die alten Tarife gelündigt, den Unternehmern die Entwürfe eingesandt. Alles vollzog sich in größter Harmonie mit dem Buchbinderverband. Die Sitzungen mit den Unternehmern wurden durch eine Vertretung von uns besetzt, die Versammlungen auch von den beteiligten Mitgliedern unseres Verbandes besucht. Niemand von uns ahnte, daß im Buchbinderverband zum Schluß gegen uns ausgeht wird. Erst in der Versammlung am 21. Juni bei Graumann hielt Genosse Kloth die Zeit für gekommen, unsere Mitglieder aufzufordern, zum Verband der Buchbinder überzutreten. Trotz der Erregung, die damit herbeigeführt wurde, schwiegen wir und hielten es für besser, die Propagandaarbeit als eine schon öfter bei Genossen Kloth vorgekommene Entgleisung zu betrachten und zu behandeln.

Die Tarife in Berlin, Freiburg, Offenbach und Stuttgart wurden akzeptiert, nur über die Forderungen der Berliner Album-, Mappen- und Galanteriearbeiter wurde noch verhandelt. Am 30. Juni berichtete Bruds über den Stand der Verhandlungen und empfahl die Annahme der getroffenen Abmachungen. Das gleiche tat Kollege Weinschild und zwar nach Meinung Bruds in so zutreffender Weise, daß er, um nicht den guten Eindruck zu stören, deshalb auf das Schlusswort verzichtete. Mit seinem Worte erwähnte Bruds aber ein anderes Mitglied des Buchbinderverbandes, daß die Absicht besteht, den Verband der Sattler und Portefeuller als Kontrahent auszuhalten. Würde auch nur das Geringste davon verkaufter geworden sein, unsere Mitglieder hätten gegen die Annahme des Vertrages gestimmt und, was bei der geringen Majorität voraussichtlich war, der Vertrag wäre abgelehnt worden. Jetzt, nachdem der Vertrag akzeptiert war, trat auch hier die Redaktionskommission zusammen. In einer Sitzung fehlte unser Vertreter. Dieser Umstand soll Bruds Veranlassung gegeben haben, den Antrag zu stellen, uns als Kontrahent zu streichen. Die Gruppenleitung der Unternehmer erklärte sich mit diesem Vorschlag einverstanden. Ohne unser Wissen, ohne unser Eingutun wurde der Vertrag in Druck gegeben und als er in roten Decken am 5. Juli so schon geheset vor uns lag, bemerkten wir den Streich, daß wir ausgeschlossen waren. Eine Beschwerde unseres örtlichen Funktionäres blieb erfolglos. Am 8. Juli war eine Sitzung der Zentraltarifsamtmittglieder zwecks Schaffung von Bestimmungen für die Schlichtungskommissionen und dem Zentraltarifamt. Hier wurde auch der Fakt des Buchbinderverbandes mit der Gruppenleitung der Unternehmerorganisation zur Sprache gebracht. Sowohl der Zentralvorsitzende, Herr Schloßmacher-Frankfurt, als auch der Berliner Vorsitzende, Herr Grohe, konnten das Vorgehen nicht billigen. Aus Selbstachtung mußten wir auf jeden Fall die Rechte aller unserer Verbandsmitglieder wahren. Wir machten den Vorschlag, dem § 9 des Vertrages für das Berliner Portefeuller- und Meißnerartikelfeld, einer Absatz 7 anzufügen, womit die genannten Herren einverstanden waren. Die Bestimmung lautet:

„Die in Album-, Mappen- und Galanteriebranchen beschäftigten Mitglieder des Sattler- und Portefeullerverbandes fallen unter den Vertrag für die Album-, Mappen- und Galanteriebranchen Berlins. Bei Differenzen, die aus diesem Vertrage entstehen, entscheidet in solchen Fällen die in dem Vertrage für die Meißnerartikelfeld- und Portefeullerbranche eingesetzte Schlichtungskommission nach den Bestimmungen des Tarifs für die Album-, Mappen- und Galanteriebranchen.“

Darum nun Jeter und Wörble beim Buchbinderverband. Darum die vorweggenannten Entstellungen und Verunglimpfungen. Das Recht steht

zweifelloos auf unserer Seite, weshalb wir gern darauf verzichten, mit gleicher Münze zu zahlen.

In unserer Erklärung in Nr. 30 unserer Zeitung hatten wir betont, daß unsere Ortsverwaltung sich der Entscheidung des Ausschusses fügen würde. Der Buchbinderverband gab in der ersten Sitzung die Erklärung ab, daß ihm gleichfalls an einer Schlichtung dieser Differenzen gelegen sei. Ehe es aber noch zu einer weiteren Sitzung kam, ließ bei der Berliner Gewerkschaftskommission ein Schreiben der Buchbinderorganisation ein, daß sie (der Verband der Buchbinder) den Ausschuß der B. G. als eine kompetente Instanz nicht ansehen könnten, und daß diese augenblicklichen Differenzen auf die seit Jahren mit dem ehemaligen Portefeullerverband bestehenden Grenzstreitigkeiten zurückzuführen seien. Man ging also einer Entscheidung des Ausschusses aus dem Wege. Dem Mutigen gehört die Welt, und Herr Bruds, der in seinem Flugblatt die Öffentlichkeit mit Reklamezetteln zu Hilfe rief, ist elend gestriken unter den Schilb der satism bekannten Grenzstreitigkeiten zwischen den zentralen Instanzen.

Dadurch war für uns der Weg frei gegeben, unseren Kollegen zu zeigen, welcher Natur die schweren Verbrechen gewesen sind, die wir im Interesse unserer Kollegschaft begangen haben sollen. Obgleich uns die Formen und die Art der Polemik, die der Buchbinderverband beliebt, nicht entsprechen, würden wir zu jeder Stunde bereit sein, den Instanzen, die der Buchbinderverband für kompetent hält, für unser Verhalten Rechenschaft abzulegen. Wir würden ein solches Forum um so mehr begrüßen, weil uns dadurch Gelegenheit gegeben würde, mit der Legende aufzuräumen, mit der Genosse Kloth ständig freiben geht, daß unserer Organisation das Kennzeichen der unlauteren Agitation durch den Genossen Legen aufgedrückt worden sei und daß Kloth einen Freibrief erhalten habe, dieses bei jeder ihm passender und unpassender Gelegenheit anzufressen. Eine Klärung liegt zweifelsohne im Interesse der beteiligten Arbeiterschaft, die zum Glauben der Unternehmer unter diesen Umständen leiden muß.

Gewerkschaftliche Schulung.

Es gibt Leute, die da meinen, wenn sie in eine Gewerkschaft eingetreten seien und ihr Verbandsbuch in Ordnung hätten, so hätten sie ihre Pflicht als Mensch und Kollege in vollem Maße erfüllt. Im alles weitere kümmern sie sich nicht, und was innerhalb der Gewerkschaft vorgeht, interessiert sie nicht. Nur wenn große Ereignisse ihre Schatten vorauswerfen, wenn ein Streik oder eine Aussperrung in Aussicht steht, dann erwacht ihr (Selbst-) Interesse und sie erscheinen in der Versammlung; ist die Bewegung vorüber, so flaut ihr Interesse ab und sie verschwinden wieder von der Bildfläche. Auch wenn ein Standal oder ein Nadau zu erwarten ist, stellen sie ihren Mann und dann kann es wohl vorkommen, daß einer von ihnen auf das Podium klettert und seine Rede mit dem Satz beginnt: „Seit sechs Jahren habe ich keine Versammlung besucht, aber heute muß ich doch mal meine Meinung sagen.“ Und dann verzapft er seine Weisheit und gibt gute Ratschläge, trotzdem er doch eigentlich mit der Organisation jegliche Fühlung verloren hat.

Kann man sich eigentlich wundern, daß es heute noch notwendig ist, die organisierten Kollegen auf die Bedeutung einer gewerkschaftlichen Erziehung hinzuweisen, die den Zweck verfolgen soll, die Mitglieder mit dem Geiste der Solidarität zu erfüllen. Daß die Organisationszugehörigkeit allein nicht genügt, ist eine alte, oftmals gehörte Wahrheit, die schon der erste deutsche Arbeiteragitatator proletarischer Herkunft, der Schneidergeselle Wilhelm Weitling, vor nunmehr 80 Jahren ausgesprochen hat, indem er seinen Genossen zurief, es sei nichts damit getan, daß sie einem Arbeiterverein angehören und ihre Beiträge regelmäßig bezahlten, sondern sie müßten auch in den Geist der Organisation eindringen und in diesem Geiste leben und wirken. Diese Wahrheit gilt heute wie damals, was wir an einem Beispiele aus jüngster Zeit erläutern wollen.

Die Angestellten der Hamburger Straßenbahngesellschaft traten vor kurzem in eine Bewegung ein: sie forberten freies Koalitionsrecht sowie bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Direktion wollte sich auf nichts einlassen und entließ obendrein noch ein paar „Nabelstücker und Aufheber“, weshalb unter den Angestellten eine tiefgehende Erregung Platz griff. Vernünftigerweise schlossen sie sich massenhaft dem Transportarbeiterverbande an und auch die Versammlungen wurden zahlreich besucht. Schon nach kurzer Zeit gingen die Wogen immer höher und man drängte stürmisch nach einer Entscheidung. Wogen oder brechen — lautete die Parole. Die Leitung des Verbandes zeigte sich der Situation gewachsen; denn sie behielt trotz der Sieb- hige der Bewegung kaltes Blut und klaren Kopf; sie wog die Aussichten eines Kampfes auf Sieg oder

Niederlage gegeneinander ab und kam zu dem Ergebnis, daß nach Lage der Sache der Kampf mit einer Niederlage enden werde. Besonders fiel hierbei der Umstand ins Gewicht, daß es sich um allergrößten Teile um neuengewonnene, bislang unorganisierte Leute handelte, denen jegliche Schulung abging. Da die Existenz zahlreicher Familienväter auf dem Spiele stand, wollte die Verbandsleitung die Verantwortung nicht übernehmen, weshalb sie den Vorschlag machte, den Kampf einseitigen abbrechen und auf einen günstigeren Zeitpunkt zu verlagern. In der entscheidenden Versammlung, in der von 4000 Angehörigen nur etwa 1000 anwesend waren, kam es zu wilden Auftritten, die ein schlechtes Licht werfen auf die Bildung jener Leute. Abgesehen davon, daß mehrere Unorganisierte, die doch alle Ursache gehabt hätten, sich einer bescheidenen Zurückhaltung zu befleißigen, stürmisch den sofortigen Streit verlangten und dann Madam machten, benahmen sich auch zahlreiche Organisierte derartig, wie man es von gestülpten Arbeitern nicht gewohnt ist. Diese neugewonnenen Gewerkschafter schienen von dem Wesen einer modernen Gewerkschaft keine Ahnung zu haben; denn sie überhäufte die Verbandsleitung mit den ärgerlichen Schimpfwörtern, wie Arbeiterverräter und ähnliche, zerriß ihre Verbandsbücher, warfen sie zum Vorstandstisch hinauf und erklärten, sie wollten mit dem Verbands nichts mehr zu schaffen haben. Diese guten Leute erbilden in den Gewerkschaften lediglich Streitvereine, und wenn sie ihren Willen nicht kriegen, markieren sie die gekränkte Leberwurst, und wie verzogene Kinder wollen sie nicht mehr mißspielen; sie sind auch der Meinung, daß es ihr gutes Recht sei, die Verbandsleitung als Kanalle zu behandeln, und sie glauben, sie könnten aus der Verbandskasse hundert Mark herausholen, wenn sie zehn Mark hineingehaft haben. Eine solche falsche Auffassung und ein solch rüpelhaftes Gebahren beweist deutlich die Notwendigkeit einer zielbewußten Aufklärung und einer besseren gewerkschaftlichen Schulung.

Hier treffen wir auf einen munden Punkt in der proletarischen Arbeiterbewegung, der die Aufmerksamkeit aller Gewerkschaften verdient. Die Gewerkschaftsbewegung modernen Gepräges hat es verstanden, in jahrzehntelanger Agitations- und Organisationsarbeit immer größere Scharen von Proletariern aus dem dumpfen Schlaf zu wecken und mit dem Gedanken des Klassenkampfes zu erfüllen, sie hat es fertig gebracht, Hunderttausende von Arbeitern zu starken Organisationen zusammenzuschweißen und einen organisierten Klassenkampf in Szene zu setzen, der die Bewunderung der ganzen Welt und die Hut der Schurfmacher und Kapitalproben erregt. Aber noch steht ihr die ungleich schwierigere Aufgabe bevor, die organisierten Arbeitermassen zu erziehen und zu schulen und für die große Aufgabe der Zukunft reif zu machen. Die Sozialisierung unseres Wirtschaftslebens, die Neugestaltung unseres Zusammenlebens und Zusammenarbeitens, die Eroberung des sozialen Neulands, das aus der Ferne zu uns herüberwinkt, alles das sind Aufgaben, die nur von einer geistig und moralisch hochstehenden Arbeitermasse gelöst werden können. Darum ist es nicht mehr ausreichend, daß die proletarische Bewegung in die Breite geht und sich zahlenmäßig ausdehnt, sondern es ist auch unbedingt nötig, daß sie in die Tiefe geht und daß sie den Boden, den sie unter den Pflug nimmt, auch gründlich bearbeitet.

Es wäre allerdings eine Ungerechtigkeit, wollte man verkennen, welche große Erfolge die gewerkschaftliche Erziehungsarbeit bereits aufzuweisen hat. Man braucht nur das Niveau der organisierten Arbeiter mit dem ihrer unorganisierten Kameraden zu vergleichen, um diesen Unterschied deutlich zu bemerken. Die kulturellen Fortschritte, die sich uns heutzutage in den unteren Volksschichten bemerkbar machen, kommen lediglich auf das Konto proletarischer Agitations- und Organisationsfähigkeit, da sie von den Ausbeutern und Vollskauplunderern natürlich keine Förderung zu erwarten haben. Dennoch aber wäre es ein verhängnisvoller Fehler, wenn wir auf unseren Lorbeeren ausruhen wollten, anstatt um neue Erfolge zu ringen. Das Gefühl der Zufriedenheit und Selbstgenügsamkeit, daß wir es — um mit dem Schüler des Doktor Faust zu reden — so herrlich weit gebracht haben, darf uns nicht zur Unfähigkeit veranlassen, sondern es soll uns ein Ansporn sein, immer weiter zu streben und zu kämpfen. Wir müssen uns immer vergegenwärtigen, daß alles das, was wir bislang geleistet und erreicht haben, nur die Anfänge, gewissermaßen die Keime der Aufwärtsentwicklung sind. Und wenn auch hin und wieder von den Grenzen der Gewerkschaftsbewegung geredet wird, so wissen wir doch ganz genau, daß uns noch weite Entwicklungsmöglichkeiten offen stehen, und daß sich noch ein riesiges Feld praktischer Gewerkschaftsarbeit vor unseren Türen ausbreitet. Erst dann werden die Gewerkschaften auf der Höhe sein, wenn sie nicht nur mög-

lichst alle Angehörigen einer Branche in sich schließen, sondern wenn sie auch durch eine planmäßige Schulung die Mitglieder zu wohldisziplinierten Klassenkämpfern erziehen haben. Bis dahin wird aber noch viel Mühe aufzuwenden sein.

Aus Industrie und Handel.

Die Lederbranche scheint allmählich wieder Oberwasser zu bekommen. Allerdings lauten die Offenbacher Nachrichten in „Halewo“ noch etwas entgegengesetzt. Man ist dort noch vielfach der Meinung, daß die Stoffkassche sich über den Herbst hinaus halten wird. Dem Arbeitsmarkt zufolge sind einzelne Firmen schon gut beschäftigt und werden nach und nach mehr Arbeitskräfte verlangt. In Amerika scheint die Stoffkassche abgewirksam zu haben. Nur erstklassige Ware mit reichhaltiger Vrolatfärberei scheint sich noch zu behaupten.

Als amerikanische Neubeiten werden jetzt vielfach außerst feine Automobileinrichtungen genannt. So vollständig neue Maschinenrichtungen, welche in einem 15 Zentimeter großen Etuis untergebracht sind.

Volländische Zollrepräsentanten gegenüber deutschen Lederwaren. Auch in Holland will man die heimische Produktion schützen und die Einfuhr des Auslandes erschweren. Im Jahre 1910 wurden 3795 und im Jahre 1909 2993 Doppelzentner Sattler- und Lederwaren nach den Niederlanden von Deutschland eingeführt. Also immerhin ein beträchtliches Objekt, obwohl auch bisher 5 Proz. des Wertes erhoben wurden. Um nun selbständig produzieren zu können, will man die Rohmaterialien, wie Leder usw., nicht weiter belassen, wohl aber das fertige Produkt. So verlangt man jetzt für alle feinen und groben Leder- und Sattlerwaren, für Trepsen, Zigarettenkasschen, kurz für alle einschlägigen Artikel 12 Proz. vom Werte, also eine erhebliche Belastung. Sollte es der deutschen Regierung nicht gelingen, eine Verständigung herbeizuführen, so erleidet auch hier der Export einen großen Schaden.

Australien verlangt höhere Zölle für die Einfuhr von Reifelosern. Insbesondere will man die Einfuhr der vom Ausland vielfach eingeführten Fiber- und Mohrplattenlöffel erschweren, welche die einheimische Industrie stark verdrängen sollen. Der jetzige Zolltarif steht für diese Produkte 30 Proz. vor, und nun verlangt man 50 Proz. Sollte dieser Wunsch in Erfüllung gehen, so würde dies dem deutschen Export einen schweren Schaden zufügen.

Die Kunstlederproduktion der Vereinigten Staaten für den Gebrauch in der Möbelfabrikation, Auto- und Wagenbau betrug im Jahre 1909 3600 000 Dollar.

Infolgen in der Lederwarenindustrie. Durch den Zusammenbruch der Lederhandlung H. Blum in Frankfurt ist die Lederwarenfabrik Friedrich Jorg in Offenbach in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Die Passiven sollen 50 000 Mk. betragen. — Eines der ältesten Lederwarenhäuser in New York, die Firma T. Scheuer u. Sons, ist in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Die Passiven werden mit 80 000 Dollar, die Aktiven mit 25 000 Dollar angegeben.

Streiks und Lohnbewegungen.

Chemnitz. Wie die Kollegen aus dem Bericht in Nr. 13 unserer Zeitung ersehen haben, hatten wir in Chemnitz eine allgemeine Lohnbewegung.

Um nun zu erfahren, ob die gegebenen Zusagen von den Meistern gehalten werden, nahmen wir in der letzten Zeit eine Statistik auf, die sich über unsere Hauptforderungen erstreckte.

Ueber das Ergebnis dieser Statistik referierte in unserer letzten Versammlung unser Vorsitzender Kollege Zimmermann. Er bedauerte zunächst, daß eine große Anzahl Kollegen in der Ausführung dieser kurzen Fragebogen so faunselig gewesen sei. Zur Lohnbewegung kamen 65 Kollegen in Betracht und jetzt wurden nur 54 Kollegen von der Statistik erfaßt.

Die höchste Lohnzulage betrug 3 Mk., die niedrigste 65 Pf. und der Durchschnitt 1,51 Mk. pro Woche.

Die Arbeitszeitverkürzung ist durchschnittlich 1 1/2 Stunden, die größte 6 Stunden, d. h. eigentlich 12 Stunden, denn bei der Firma Winter wurde früher 72 Stunden gearbeitet. Ob dort die 60stündige Arbeitszeit eingeführt ist, konnte leider noch nicht einwandfrei festgestellt werden.

Eine unruhigliche Ausnahme macht Herr Weisse, Zöllnerplatz. Erprobend Herr Weisse als starrer Innungshehd die Einführung der 60stündigen Arbeitszeit mit beschlossen hat, läßt er immer noch 11 Stunden arbeiten, ein paar Sonntagsstunden dazu, und „bis 70 Stunden“ sind fertig.

So siehts in den Betrieben aus, wo Gehilfen mit „Lebensstellung“ sitzen, die brauchen keine Organisation, die haben einen „guten Meister“.

Der Zuschlag von 5 Pf. für Ueberstunden und 10 Pf. für Sonntagsarbeit ist fast überall durchgeführt. In zwei Betrieben ist durch energisches Vorgehen der organisierten Kollegen der 10 Pf.-Zuschlag auch für Ueberstunden erreicht worden.

Bezüglich der hygienischen Verbesserungen sieht es sehr bedenklich aus. Hier liegt aber die größte Schuld an den Kollegen.

Was nützen denn alle Zusagen der Meister, wenn die Kollegen den Wert einer halbwegs guten Kleideraufbewahrung und Waschlagezeit nicht begriffen haben und sich scheuen, bei den paar Rägeln ein Dreß- oder Leinwandstück anzulegen.

Alles in allem zeigt auch diese Statistik wieder, daß unter den Sattlergehilfen noch viel Arbeit zu leisten ist, ehe sie sich ihrer Menschenrechte bewußt werden und dafür in Einigkeit mit ihren Kollegen wirken und kämpfen.

Nicht Liebedienerei und Schamzengeln um die Günst des Meisters führt zum Ziel. O. K.

Dresden. Eine Lohnbewegung der Treibriemenarbeiter fand Ende Juli bei der Firma Gebr. Klinge, Dresden-Löbtau, statt. Nach eingehender Verhandlung, welche von dem Arbeiterausschuß und dem Gauleiter Busch geführt wurden, machte die Firma folgende Zugeständnisse:

Die Arbeitszeit wird sofort auf 10 Stunden in den ersten 5 Wodentagen verkürzt, bisher war 10 1/2 stündige Arbeitszeit. Sonnabend auf 9 1/2 Stunden. Dieses ist eine Verkürzung um 2 Stunden die Woche.

Der Mindeststundenlohn beträgt für Sattler unter 20 Jahr alt 42 Pf., über 20 Jahr 45 Pf. pro Stunde. Der Stundenlohn wird entsprechend der Arbeitszeitverkürzung aufgebessert.

Für Nähen pro Meter inkl. Schlagriemen sind 13 Pf. bewilligt. Vorher gab es 12 1/2 Pf. Für Fadennäht gibt es 21 Pf. pro Meter. Vorher 18 Pf. Für Fingerringen pro Naht 2 Pf.

Da bei der Ausrüstung von Rundschnuren die Arbeiter zu wenig im Akkord verdienen, soll dieses auf unbestimmte Zeit im Stundenlohn ausgeführt werden.

Einige Hilfsarbeiter erhielten eine Aufbesserung ihrer Stundenlöhne. Alle anderen Forderungen wurden abgelehnt. Obwohl die Verhandlungen auf des Meisters Schneide ruhten, gelang es nach wiederholtem Verhandeln, eine Einigung zu erzielen. Mit 28 gegen 16 Stimmen erklärten sich die Kollegen der Firma für Annahme der Zugeständnisse.

Allen Recht zu tun bei einer solchen Bewegung, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Es läßt sich nicht durch ein oder zwei Bewegungen das alles beseitigen, was durch jahrzehntelanges Verbleiben von der Organisation an schlechten Verhältnissen aufgespeichert ist. Nur durch festes Ausstehen in der Organisation lassen sich die Verhältnisse im Laufe der Jahre zum Besten ändern. Von den 60 beschäftigten Kollegen sind mit Ausnahme von 8 Mann alle organisiert. Wieder sind wir durch diese Bewegung einen Schritt vorwärts gekommen. Steigen wir Stufe um Stufe in langem Ringen um Verbesserung unserer Lebenslage und setzen wir nicht alles auf eine Karte, wie das so oft bei der Vornahme eines Streikes geschieht. So mögen die Kollegen mit dem zufrieden sein, was errungen wurde. Das andere holen wir später nach.

Budapest. Bei der Firma Duch Arm in kam es infolge der übermäßigen Lehrlingshaltung zu einem Ausstand, der nach wenigen Tagen mit Erfolg beendet wurde. Die Firma überschritt die Zahl der Lehrlinge, welche sie laut Tarif hatten konnte. Gütliche Einigungsversuche waren resultatlos und daher der Kampf. Zum Herbst läuft der Vertrag ab und stehen die Kollegen jetzt in der Tarifbewegung.

Aus unserem Beruf.

Entheim. Ein Muster von Betrieb, wie er nicht sein soll, ist nach uns gewordenen Mitteilungen der Zwischenmeisterbetrieb von Wilh. Ochs in Bielefeld. Dieser Herr war lange Jahre Mitglied unseres Verbandes und glaubte wohl, damit vor allen Eventualitäten geschützt zu sein. Von einem Tarifvertrag und seinen Bestimmungen hat er offenbar keine Ahnung, sonst wäre es undenkbar, daß die Arbeitszeit, die doch nach unserem alten Vertrag höchstens 57 Stunden die Woche dauern dürfte, für alle, auch für Lehrlinge, dort täglich von früh 6 1/2 bis abends 7 Uhr die Regel ist. Sehr häufig aber auch von 6 Uhr früh bis abends 8—9 Uhr. Für solch lange Arbeitszeit erhält z. B. ein Mädchen, das im vierten Jahre dort ist, pro Woche 9 Mk. Was werden da erst diejenigen erhalten, die noch nicht solange die Ehre haben, dort beschäftigt zu sein. Zuschläge für Ueberstunden gibt es nicht, dafür gemeinschaftliche Spaziergänge und Tanzergnügen. Die Behandlung der Leute steht mit dem Namen des Arbeitgebers in holdem Einklang. Einem Mädchen, das es wagte, abends 7 Uhr heimzugehen, drohte er mit an

die Wand werfen. Kein Wunder also, wenn Herr Lohs alle Mittel anwendet, seine Hilfskräfte vom Verband fernzuhalten. Das Geld könnten sie ersparen.

Wohle dem Arbeiter, der sich einfallen läßt, seinem Hergen einmal Luft zu machen, flugs läuft der Herr Lohs zum Stadt, um seine Ehre reparieren zu lassen, denn um keinen Preis will man in der Leffentlichkeit, in der man als Aufschneider mit die erste Geige spielt, so etwas aufkommen lassen. Erst kürzlich mußte ein Kollege, der sich hinreichend lieh, in derber Weise seine Meinung zu sagen, dies erfahren. Wenn es auch Geschmachtsache ist, wegen solcher Vapalle zum Gericht zu laufen, so ist es andererseits bezeichnend, wenn Herr Lohs vor Gericht mit dem Hinweis, daß der besagte Kollege organisiert sei, diesen anzukündigen suchte. Nur solche Charaktereigenschaften gibt es keine Bezeichnung. Wir geben dem Herrn die Versicherung, daß wir kein Mittel unversucht lassen werden, solche Wirtschaft zu beseitigen. Unser neuer Vertrag bietet uns zum Glück eine Handhabe. An die dort beschäftigten Kolleginnen und Kollegen aber richten wir das Ersuchen: Laßt euch nicht einschüchtern! Organisiert euch; dann habt ihr den besten Schutz für Gesundheit und Ehre auch gegenüber solchen Charakteren. H. Sch.

Der Verbandstag der Sattlerinnungen im Kreis Rügen. über den wir in voriger Nummer kurz berichteten, hat sich auf die Anregung des Herrn Lange-Wörlitz mit der Pfuscharbeit in der Polsterbranche befaßt. Herr Lange meinte, daß sich bei Pfuscharbeiten der Meister nicht viel machen lasse, bei den Gehilfen hält es der Arbeitgeber einfach in der Hand, die Arbeiter zu entlassen. Unter Pfuscharbeiten soll hier verstanden werden, daß Gehilfen nach Feierabend und Sonntags selbständig Mattaschen, Sofas und auch sonstigen Sattlerarbeiten herstellen. Herr Lange und anscheinend mit ihm die übrigen schlechtesten Sattlermeister glauben, daß dadurch die Pfuscharbeit bestialisch ist, indem man den Arbeiter entläßt. Herr Lange mag etwas von Annuagstagen und ihren Arrangements verstehen, aber von Sozialpolitik, von der Beseitigung der Misere des Handwerks und dergleichen Dinge mehr hat er wenig Ahnung. Wir können dem Herrn Lange verraten, daß wir und alle unsere Funktionäre die Pfuscharbeiten ebenso verdammen wie die Sattlermeister. Wir wollen nicht, daß die Arbeiter über die langen Arbeitszeiten der Betriebe hinaus noch die Nacht zu Hilfe nehmen, um für andere Leute noch Arbeiten anzufertigen. Wenn wir uns über etwas wundern müssen, dann darüber, daß diese Sklagelieder gerade in den schlechtesten Gefilden angenommen wurden. Gibt es denn noch eine längere Arbeitszeit als wie in Schlessien und auch in Görlich, Herr Lange? Wenn da die Sattler- und Tapezierergehilfen noch Zeit finden, solche Arbeiten zu übernehmen, dann muß es schon sehr schlimm um den Wohlstand des Arbeiters und seine Familie bestellt sein. Hat Herr Lange sich schon einmal gefragt, warum diese Leute die Nacht zum Tage, den Sonntag zum Arbeitstag machen? Freibt nicht die bittere Not die Arbeiter dazu, sich über ihre Kräfte hinaus anzupressen, um den Hunger stillen zu können. Was zahlen denn diese schlechten Kranten für Löhne? Kann sich davon jemand satt essen? Wenn Herr Lange sich diese Fragen stellen würde, könnte er sehr leicht die Antwort erhalten, warum die Arbeiter pfuschen. Wir haben unseren Kollegen schon des öfteren gesagt, daß sie diese Pfuscharbeiten zu unterlassen haben, weil dieses Spielchen dazu beiträgt, die Arbeiter davon abzuhalten, von ihrem richtigen Arbeitgeber den Lohn zu fordern, der eigentlich gezahlt werden müßte. Mit Hilfe dieser Pfuscharbeit hilft sich der Arbeiter über die tagtäglichen Sorgen, welche durch die Lebensmittelteuerung und durch die schlechten Löhne hervorgerufen werden, hinweg. Das trifft nicht für Schlessien allein zu, sondern für das ganze Reich. Darum, Kollegen allerorts, beherzigt in eurem eigenen Interesse die Mahnung: Weg mit der Pfuscharbeit, weg mit der langen Arbeitszeit in und außerhalb der Werkstätte und her mit einem auskömmlichen Lohn, der satte Menschen macht!

So, Herr Lange, läßt sich Ihr Schmerz lindern; nicht den Arbeiter hinauswerfen, damit er noch mehr pfuschen muß, sondern anständigen Lohn- und Arbeitsbedingungen sind das Fluidum, welches den bösen Geist des Pfuschartums bannt.

Wülheim-Preisid. Wohl keine Treibriementfabrik in Wülheim und Umgegend dürfte sich in den Kreisen der Kollegen in bezug auf Lohn- und Arbeitsverhältnisse eines so schlechten Rufes erfreuen wie die Firma Junke. Da andererseits die Herren Junke Vater und Sohn sich für besonders humane und menschenfreundliche Arbeitgeber zu halten scheinen, dürfte eine Kritik der Verhältnisse bei der genannten Firma für beide Teile von Vorteil sein. Die Sattler bei der Firma Junke „dürfen“ täglich 10 1/2 Stunden

oder wöchentlich 63 Stunden arbeiten und verdienen in dieser 63stündigen Arbeitszeit Wochenlöhne von 25 bis 33 Mk., je nachdem, ob sie durch Afford oder Prozente mehr oder weniger privilegiert sind. Die Herren Junke zahlen ihren Sattlern also Stundenlöhne von 39 bis 52 Pf. Diese Berechnung nimmt aber nur dann, wenn der Geschäftsgang ein mehr oder weniger guter ist. Bei schlechtem Geschäftsgang, wenn Afford und Prozente weglassen, „steigt“ der Stundenlohn sogar auf 36 bis 35 deutsche Reichspennige. Dagegen läßt keine einzige Firma in Wülheim und Umgegend ihre Arbeiter länger wie 60 Stunden arbeiten, sondern zum Teil nur noch 50 und 57 Stunden. Dabei zahlt die Konkurrenz der Herren Junke ihren Arbeitern Stundenlöhne von 42 bis 60 Pf. mit Ausnahme der Firma G. Wöltert-Duisburg natürlich. Nun wird sich der Leser dieser Zeilen verwundert fragen: Wie können sich die Herren Junke unter diesen Umständen noch für besonders humane Arbeitgeber halten. Aber die Sache hat ihren Haken. Herr Junke zahlt nämlich seinen Arbeitern ein Weihnachtsgehalt von 10 bis angeblich 50 Mk. und ein Neujahrsgehalt von 10 bis angeblich 25 Mk. Außerdem hat ein Teil der Arbeiter freie Wohnung oder ein Wohnungsgehalt von 6 Mk. monatlich. Nebenher wir aber die „Gehaltsliste“ um, zum Lohn hinzu, so ergibt sich ein Mehr von 1,76 und 2,82 Mk. pro Woche und Arbeiter, oder 2 und 1 Pfennig pro Stunde. Wir sehen also, daß der schlechte Ruf, den die Firma Junke in den Kreisen der arbeitnehmenden Sattler genießt, leider in den Tatsachen begründet ist. Wenn wir haben gefunden, daß die Sattler bei Junke 2 bis 1 Wochen im Jahre länger arbeiten müssen wie die Sattler bei der Konkurrenz, ohne deshalb ein entsprechend größeres Einkommen zu haben. Ja, daß ein Teil der dort arbeitenden Kollegen trotz der so viel längeren Arbeitszeit noch ganz entschieden weniger verdient wie die Kollegen bei den anderen Firmen am Ort. Wir hoffen und wünschen deshalb, daß die Herren Junke möglichst bald eine Modernisierung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in ihrem Betriebe vornehmen, und zwar derart, daß sie mit Recht Anspruch auf den Ehrentitel „humane Arbeitgeber“ machen können, wir aber der unangenehmen Pflicht einer schärferen, detaillierten Kritik entbunden sind.

Korrespondenzen.

Bremen. (E. 1. 8.) Am 22. Juli fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Unter dem erlenen Punkt verlas der Vorsitzende Kollege Müller die Abrechnung vom 2. Quartal. Hierbei kam es zu feiner Diskussion, und unser Vorsitzender erwähnte hierbei das ständige Zunehmen neuer Kollegen. Auch den Agitationsmitgliedern wurde es aus Herz gelegt, noch schärfer zu agitieren. Als Schriftführer wurde Kollege Kollapack gewählt. Unter Verschiedenes kamen örtliche Angelegenheiten zur Sprache, wie z. B. die Uebelstände in den Lohn- und Arbeitsbedingungen beim Sattlermeister Schwarz. Ferner wurde nochmals über unseren am 13. August stattfindenden Ausflug gesprochen und um eine rege Beteiligung erucht.

Stettin. (E. 1. 8.) Ueber: „Die Kämpfe und Erfolge des Sattlerverbandes“ referierte Kollege Weinschild in einer gut besuchten Mitgliederversammlung. Unter Punkt „Verschiedenes“ wurden die Verhältnisse in der Automobillfabrik der Firma Stäver eingehend besprochen. Dabei wurde den Mitgliedern des Ausschusses und dem Bevollmächtigten, Kollegen Pappou, vorgeworfen, sie hätten die Interessen der Arbeiter nicht genügend gewahrt. Kollege Pappou schützte sich darauf veranlaßt, seine Funktionen niederzulegen, worauf Kollege Weinschild den Vorsitz übernahm und die Kollegen ermahnte, streng sachlich zu bleiben und nur das zu sagen, was sie auch zu beweisen vermögen. In seiner Entgegnung konnte Kollege Pappou den Nachweis erbringen, daß auch nicht das geringste gegen ihn vorliegt. Die Versammlung gab einstimmig dem bisherigen Bevollmächtigten ein Vertrauensvotum, worauf er sich bereit erklärte, seine Funktionen weiter auszuüben. Öffentlich werden nun die Stettiner Mitglieder mehr an den Ausbau ihrer gewerkschaftlichen Organisation denken, als durch unkontrollierbare Gespräche den einzelnen Kollegen die Verbandstätigkeit zu erschweren.

Wilschafshelm. (E. 5. 8.) Dienstag, den 1. August, sprach Kollege Schulz in möglich besuchter Versammlung über den neuen Tarifvertrag und seine Anwendung. Redner besprach die einzelnen Bestimmungen und ihre Wirkung auf die verschiedenen Betriebe in Stadt und Land. Vor allen Dingen sei es Grundbedingung, daß nunmehr unsere Mitglieder auch selbst einmal anfragen, zu denken und zu handeln, und sich nicht in allen Fällen auf andere verlassen würden. Der Tarifvertrag muß in Fleisch und Blut jedes einzelnen übergehen. Alle vor kommenden Fragen sollen unter dem Gesichtspunkt behandelt

werden: Wie verträgt sich dieses oder jenes mit dem Vertrag? Rufen wir die fünf Jahre vor allem dazu aus, unsere Kollegen zu benutzenden Männern zu ziehen, damit uns Szenen erspart bleiben, wie wir sie in Offenbach erlebt haben.

Kollege Zeip protestierte in der Diskussion dagegen, daß Kollege Weinschild in Offenbach von einem demagogisch verbelebten Masse gesprochen habe und man nun auch bei zukünftigen Bewegungen den Abstimmungsmodus ändern wolle. Im übrigen müßten wir nun die beschlossenen Bestimmungen nach Kräften ausüben.

Kollege Schulz erwiderte, die Art, wie Kollege Weinschild, der bei den Verhandlungen, wie jeder anerkennen muß, seine ganze Kraft einsetzte, in der Versammlung behandelt wurde, sei einfach beschämend gewesen, wie ja der ganze Verlauf uns nur blamiert habe. Deshalb sei es auch kein Wunder, wenn nun Vor schläge kommen, die solche Dinge in Zukunft unmöglich zu machen suchen. Nach Erledigung interner Sachen erfolgte hierauf Schluß der Versammlung. Sch.

Wülheim a. N. (E. 5. 8.) In einer gut besuchten Mitgliederversammlung beschäftigten sich die hiesigen Kollegen am Montag, den 31. Juli, mit dem abgeschlossenen Tarifvertrag. Kollege Schulz-Gutheim erklärte in einstündiger Rede die einzelnen Bestimmungen und ihre Anwendung in den einzelnen Betrieben. Einleitend bemerkte Redner, daß trotzdem in der abschließenden Versammlung in Offenbach ein Widerspruch von seltener Schärfe zutage getreten sei, doch nunmehr bei ruhiger sachlicher Prüfung zugucken werden muß, daß der neue Vertrag nicht ganz so schlecht sei, als er gemacht wurde. Klar und unzweideutig liegen nun die Bestimmungen vor uns, aber es bedarf mehr als je der tätigen Mitarbeit aller Kollegen. Die Verpflichtung der Fabrikanten, die Tarifbestimmungen in allen Detail- und Zwischenmeisterbetrieben zur Geltung zu bringen, erfordert eine fortgesetzte Kontrolle sowie sofortige Meldung aller Tarifverstöße bei der Organisationsleitung. Die Einhaltung der Arbeitszeit, Unterlassung jeglichen Conibustschiedens muß Aufgabe aller Mitglieder sein, da ja hauptsächlich die Ueberfeierabendarbeit die erzielten Wochenlöhne so hoch erscheinen läßt und auf die Affordlöhne ungünstig eingewirkt hat.

Das Hauptaugenmerk muß auf den auszubehenden Kohntarif gerichtet sein. Jeder Kohntarif ist verpflichtet, mit allen Arbeitern gemeindefähig die Affordpreise zu revidieren und den vereinbarten Lohn in den Kohntarif einzutragen. Eine Reduzierung dieser Löhne kann nur im Einverständnis mit allen Arbeitern vorgenommen werden. Ja selbst, wenn ein Arbeiter oder Zwischenmeister sich billiger anbietet, darf ihm Arbeit nur zu dem vereinbarten Lohn gegeben werden. Andernfalls steht unserer Organisationsleitung das Recht zu, den Arbeitgeber sowohl als auch den Arbeiter wegen Vertragsbruch vor der Schlichtungskommission zu verklagen.

Die Bestimmungen über die Heimarbeit, über die Schlichtungskommission sowie alle anderen wichtigen Bestimmungen fanden gebührende Würdigung. Aber alle diese Paragraphen können erst dann für uns von Vorteil sein, wenn die Gleichgültigkeit und Apathie unserer Kollegen ein Ende nimmt und Energie und Mannhaftigkeit sowie eine gute Disziplin jeden einzelnen besetzt.

In der Diskussion wurde darüber Klage geführt, daß es nicht gelungen sei, die Fabrikanten zu verpflichten, ein Verzeichnis aller Heimarbeiter zu führen und unserer Organisation auf Verlangen Einsicht zu gestatten, weiter auch, daß immer mehr Frauen als Portefeuller-Heimarbeiter in die Industrie kommen und augenscheinlich von den Fabrikanten bevorzugt seien. Auf letztere Klage bemerkte Kollege Schulz: Wenn wir alle strengere Kontrolle darüber ausüben, daß diese Frauen zu denselben Preisen entlohnt werden, dann dürfte hier ganz von selbst eine Einschränkung eintreten. Nach Entgegennahme des Kartellberichts wurde die Versammlung mit dem Wunsche geschlossen, die Kollegen möchten in Zukunft an unserem Verbandleben regeren Anteil nehmen. Sch.

Stargard. (E. 7. 8.) In einer Versammlung im Lokal „Zum Kronprinzen“ erörterte Kollege Weinschild die Frage, ob die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Stargarder Sattlergehilfen einer Besserung bedürftig sind? Alle Anwesenden waren nicht nur mit den Ausführungen einverstanden, sondern verpflichteten sich, dem Verbands treu zu bleiben und soweit sie ihm noch nicht angehören, sofort beizutreten. Fünf Aufnahmen war der Erfolg, so daß von 14 Kollegen jetzt 19 organisiert sind. Es soll alles versucht werden, die vier fernstehenden noch zu organisieren und dann mit vereinten Kräften die Forderungen nach Beseitigung des Koit- und Logiszwanges und Erhöhung des Lohnes durchzuführen.

Aus anderen Organisationen.

Der Verband der Lagerhalter und Lagerhalterinnen hielt in der Zeit vom 10. bis 15. Juli seinen Verbandstag in München ab. Aus dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl sich auf 2500 geheben hat, was einer Zunahme von 400 Mitgliedern für die letzte Berichtsperiode entspricht. Der Bericht betont insbesondere, daß ihre Organisation mit den Ausgaben für Rechtschutz in den Gewerkschaften an erster Stelle liege, d. h. prozentual. In sehr vielen Fällen müssen die Angehörigen der Konsumvereine klagen gegen die Verwaltungen vorgehen und spricht dieses nicht gerade für ein gesundes Verhältnis. Auch aus den folgenden Punkten der Tagesordnung ist ersichtlich, daß noch ein großer Teil der Konsumvereine keine Stellung als Arbeitgeber nicht in dem Sinne der modernen Arbeiterorganisationen aufweist. Der wichtigste Punkt des Verbandstages bildete wohl die Verschmelzungsfrage und kommt hier der Handlungsgeschillenverband in Frage. Bisher konnte die Sache wenig in Fluß kommen. Nach den Erklärungen des Vorsitzenden des Verbandes der Handlungsgeschillen und nach dem Meinerat des Vorsitzenden der Lagerhalterorganisation kann man mit Bestimmtheit auf den baldigen Zusammenschluß der beiden Verbände rechnen.

Der Verband der Stultateure tagte im vorigen Monat in Dresden. Dem Geschäftsbericht ist eine gute Mitgliederzunahme für die Berichtszeit zu entnehmen. Ende 1910 betrug die Mitgliederzahl 5580, im Jahre 1911 ist eine weitere Steigerung um 1000 Mitglieder zu verzeichnen, so daß die Schäden der Krise von 1907 vollständig überwunden sind. Hand in Hand mit dieser Aufwärtsbewegung verbesserten sich auch die Massenverhältnisse und die Vertragsleistung. In der Berichtszeit wurde die Organisation bekanntlich durch die große Bauarbeiterausperrung stark in Mitleidenschaft gezogen, hat aber im allgemeinen sehr gute Resultate auf dem Gebiete der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verzeichnen. Nur eine Klage bezüglich lebhaft die Generalversammlung, und dieses ist der mangelhafte Eingang des gelegentlich des Bauarbeiterkampfes beschlossenen Extrabeitrages. Diese Beiträge waren ja allerdings sehr hoch und haben ja auch andere beteiligte Organisationen darüber lebhaft Klage geführt. Der Verbandstag nahm aber eine Resolution an, wonach den sämtlichen Zahlern die unbedingte Pflicht auferlegt wird, diese Reste an Extrabeiträgen nachzuzahlen. Auch auf dieser Generalversammlung spielte die Verschmelzungsfrage resp. der Anschluß an den Bauarbeiterverband die erste Rolle. Dem Wunsche der Stultateure, im neuen Verbande eine besondere Sektion zu bilden, d. h. so weit selbständig handeln zu können, um in der Frage der Lohnbewegungen freie Hand zu haben, vorbehaltlich der Zustimmung des Zentralvorstandes, ist seitens des Bauarbeiterverbandes zugestimmt worden. Die Frage, ob diese Sektion auch für sich die Arbeitslosenunterstützung einführen könne, wurde abgelehnt. Die Diskussion über den Anschluß dauerte volle zwei Tage und sprach sich die Mehrzahl der Delegierten für einen Zusammenschluß aus. Die angenommene Resolution spricht sich für eine Urabstimmung unter den Mitgliedern aus und bestimmt, daß mindestens zwei Drittel der Verbandsmitglieder sich an dieser Urabstimmung beteiligen müssen und daß 60 Proz. davon sich für den Anschluß entscheiden müssen, soll die Vereinigung vollzogen werden. Aus den Erfahrungen anderer Organisationen heraus will es uns scheinen, daß die Verschmelzung mit dieser Resolution abgelehnt ist, denn bekanntlich stehen die Arbeiter diesen Urabstimmungen ziemlich gleichgültig gegenüber und dürfte der hohe Prozentfuß schmerzlich auf die Vereinigung gebracht werden. Aus den sonstigen Verhandlungen ist noch bemerkenswert, daß der Beitrag um 5 Pf. erhöht wurde und auch die Streikunterstützung eine Steigerung erfahren hat.

In der letzten Juliwoche tagte in London ein internationaler Bergarbeiterkongress. Die Bergarbeiterkongresse ragen gewöhnlich über den Durchschnitt sonstiger internationaler gewerkschaftlicher Kongresse hinaus. Schon die Zahl der vertretenen organisierten Arbeiter ist imponant genug. So waren auch auf diesem Kongress annähernd 900 000 Bergarbeiter durch 160 Delegierte vertreten, davon allein 130 Delegierte aus Großbritannien, welche 600 000 Arbeiter vertreten. Aus der vierstägigen Tagesordnung heben wir hervor die Forderung auf Verstaatlichung der Bergwerke. Von allen Ländern wurde verlangt, daß dem Aufbau zugunsten des Weltkapitals ein Ende bereitet werden müsse. Ferner wurde die alte Forderung erhoben auf Anstellung von Arbeiterinspektoren aus den Reihen der Arbeiter. Von deutscher und österreichischer Seite wurde insbesondere die ablehnende Stellung der Regierungen betont und die häufige Zahl der Unfälle und Todesfälle im Bergbau auf das Fehlen geeigneter Sicherheitsbeamten zurückgeführt. Insbesondere zeige sich dieses bei einem Vergleich mit Eng-

land, wo man schon einen Schritt weiter auf diesem Gebiete sei. Auch wurde die Einführung der Tarifverträge für die Bergarbeiter gewünscht, um der Inflation in der Lohnhöhe wirksam begegnen zu können. Der Lobhndruß im Bergbau sei geradezu raffiniert. Endlich wurde auch die Schottung besonderer Verabgabengebiete verlangt, um die Rechte der Arbeiter mehr als bisher zu schützen. Im allgemeinen war es eine machwolle Veranstaltung und wurde die Gelegenheit auch wahrgenommen, die Friedensliebe der Arbeiterwelt aufs neue zu proklamieren.

Der Kampf der Holzarbeiter in Hamburg um den Arbeitsnachweis scheint sich zu wenden. Zeit längerer Zeit ist ein Teil der Unternehmer mit den Maßnahmen der Schwarzmacher höchst unzufrieden. Endlich haben diese Kreise soviel Macht bekommen, daß sie gesonderte Verhandlungen mit den Arbeitern führen konnten und in es jetzt zum Abschluß eines Vertrages mit ziemlichlichen Verbesserungen gekommen. Leider ist der Teil der Holzarbeiter, die unter diese neuen Abmachungen fallen, noch ziemlich klein und bleiben immer noch 1500 Arbeiter im Kampf. Es besteht aber die Hoffnung, daß nach und nach die Unternehmer von ihrem Schwarzmachereinstandpunkt abdröckeln und dem Vertrage beitreten werden. In der Ausperrung der Lederarbeiter in Kirchheim (N.-L.) ist eine Veränderung bisher nicht eingetreten. Die Konjunktur in der Weigerterei ist den Arbeitern zurzeit sehr gunstig. In Leipzig sind die Metallarbeiter ausgesperrt und dürfen gegen 10 000 Arbeiter in Frage kommen. Hier wie auch bei der Ausperrung im Thüringischen kommen außer der Organisation der Metallarbeiter noch eine Reihe anderer Organisationen in Frage. — Die Daimler-Werke in Stuttgart hatten infolge eines nichtsfahrenden Streites ihr sämtliches Arbeiterpersonal ausgesperrt und lagen über 3000 Arbeiter auf der Straße. Auch unsere Organisation war mit 50 Mann beteiligt. Es gelang aber im Laufe der Woche, eine Einigung zu erzielen und wurde am Montag die Arbeit wieder aufgenommen.

Rundschau.

Eine ungeheure Vermehrung des sozialdemokratischen Einflusses. Unter dieser Ueberschrift geht zurzeit eine Korrespondenz durch die Zentrumszeitungen, die sich mit dem Gewerkschaftskongress in Dresden beschäftigt und vornehmlich auf die geplante Einrichtung der Volksversicherung hinweist, die von weittragender Bedeutung für die Macht der sozialdemokratischen Partei werden dürfte. Nachdem die Korrespondenz die heutige Volksversicherung besprochen und sie bemängelt hat, heißt es, daß eben diese Mängel den Gewerkschaftskongress veranlaßt habe, das Zutritt der Volksversicherung in die Hände zu bekommen.

Er der Kongress stellt an die Spitze den Grundsat: Mein Vermögen geleisteter Beiträge darf verloren gehen. Dann aber will er eine Agitation entfalten, gegen welche private Gesellschaften kaum mehr aufstehen können. Die kompakte Masse der Gewerkschaften mit ihren 2 1/2 Millionen Organisierten (rund 10 Millionen Menschen), mit allen ihren Beamten, Ausschüssen, Konferenzen, Versammlungen usw., will in den Dienst dieser Idee treten; das ist ein Werbeapparat, so billig und doch so energiegeland, wie ihn keine private Gesellschaft stellen kann. Die ganze Geschäftsordnung soll in den Händen der Genossenschaften liegen, d. h. in den Verkaufsstellen der Konsumvereine, so daß keine Vermarktungskosten entstehen; die Frauen, die hier einkaufen, werden auf die einfachste Weise gewonnen werden. Und dann soll noch die stark verbreitete sozialdemokratische Parteiliteratur den Rest besorgen. Es läßt sich gar nicht in Abrede stellen, daß der ganze Plan großzügige Gedanken enthält, daß seine Durchführung den privaten Versicherungsgesellschaften das Leben erschwert und daß durch diese rote Volksversicherung die Macht der Sozialdemokratie ungemessen wachsen würde. Was den Sozialdemokraten bei den Krankenkassen an Einfluß abgeben wird, gewinnen sie auf diese Weise doppelt und dreifach wieder, und sie stärken damit ihre wirtschaftlichen Organisationen gewaltig, zumal diese Volksversicherung nur Gewerkschaftsmitgliedern offensteht. Die eine Organisation wird der anderen nützen und um beide einen eisernen Ring schließen, der die Einigkeit garantiert. . . .

Es ist auch nicht im mindesten daran zu zweifeln, daß der Sozialdemokratie ihr Vorhaben gelingen wird, wenn keine geschlichen Hindernisse dem Plan im Wege stehen, denn auf die Dauer könnten sich private Gesellschaften kaum mehr neben den Riesenorganisationen, die einen Staat im Staate darstellen, halten; ihre Verberbe- und Verwaltungskosten würden ungemessen wachsen und der Kundenkreis abnehmen. So läme der monopolartige Zustand der „Volksfürsorge“ ganz von selbst. Durch die Wohltaten einer Versicherung einerseits, durch das pekuniäre Interesse eines jedes einzelnen an deren Bestände und durch die Ueberschüsse andererseits, würde die Sozialdemokratie eine Festigung und Kräftigung erhalten, die der bürgerlichen Gesellschaft nicht erwünscht sein kann.

Es dürfte sich daher mindestens empfehlen, den offenkundigen Schwächen der Volksversicherung energisch zu Leibe zu rücken, falls die privaten Gesellschaften nicht angeichts der drohenden Konkurrenz von selbst Remedur eintreten lassen.

Es zeigt sich auch hier, daß der heutigen Gesellschaftsordnung der Phrasenschwall des Zukunftsphantasies der radikalen Sozialdemokratie weit weniger gefährlich ist, als die Gegenwartskrise der sozialdemokratischen Wirtschaftsorganisationen, die die privatwirtschaftliche Tätigkeit auf allen Gebieten zu verdrängen suchen und durch ihre straffe Disziplin und Organisation die heutigen Zustände von innen heraus auslöschen wollen.

Aus dem hier Gesagten geht hervor, daß die Korrespondenz zunächst den Willen des Kongresses feststellt, den Auswüchsen der Volksversicherung entgegenzutreten; dann wird die Großmächtigkeit des Mittels bemündet — eine eigene Volksversicherung zu schaffen mit dem Grundsat: kein Beitrag darf verloren gehen! — Das Gelingen des Planes liegt in der Kraft der sogenannten Arbeiterbewegung. Auch das wird zugegeben, ebenso die Wohlthaten, die die kommende Volksversicherung für die Verhüllerten birgt!

Nun aber Zentrum, Regierung, Behörden, alles heran, was von Daß gegen die Noten befehlt ist, um noch in letzter Stunde die Wünsche der berechtigenden Volksversicherung zu bekämpfen. Die Sozialdemokraten kommen! Es ist das alte Spiel. Erst muß die sozialdemokratische Arbeiterbewegung einsehen, ehe man sich um Verrückung von Mißständen kümmert. So war es immer! Und wenn man volgedrungenweise die Mißstände beseitigt hat, dann wirft man die Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften vor, „negativ“ gearbeitet zu haben! Mehr noch, aus den Schlußsätzen der Korrespondenz geht hervor, daß man sogar vor der fruchtbareren Gegenwartskrise der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung nicht nur einen tüchtigen Reiz hat, sondern auch eine heillose Angst. Aus Angst vor den Noten üben ihre Gegner wenigstens ein wenig praktische Arbeit für die Arbeiter und mit Angst sehen die Gegner auch auf die praktische Tätigkeit der Noten hin. Was ist das anders als ein Zugeständnis, daß die sozialdemokratische Arbeiterbewegung der Fortschritt ist, daß sie nicht, wie ihre Gegner behaupten, negativ arbeitet, sondern planvoll und in großartiger Weise eine positive Tätigkeit für die Armen und Bedrängten, überhaupt für die Arbeiter entfaltet. Diese Anerkennung muß ihr auch die Korrespondenz, wenn auch wider Willen zusprechen. Wie erbärmlich ist doch das Geschrei der christlichen Gewerkschaftsorgane gegenüber solchen Eingeständnissen, wie sie sich in obigem Zitat finden. Die christliche Presse, die besonders stark in den letzten Wochen betont, daß die sozialdemokratische Arbeiterbewegung den Fortschritten in unserer Gesellschaft hindernd im Wege steht“. Glendes christliches Rad, das sich selbst so belügt.

Soziales.

Bürgermeister und Industrieller über den Wert von Arbeiterausschüssen ohne gewerkschaftliche Organisation. Gelegentlich des Straßburger Straßenbahnerstreiks, der nach eineinhalbwägiger Dauer mit einem vollen Erfolg der Streikenden endete, fanden vor dem Straßburger Bürgermeisteramt unter dem Vorsitz des Herrn Bürgermeisters Schwander Verhandlungen statt, an denen außer der Streikleitung und der Straßenbahndirektion auch ein Mitglied des Aufsichtsrates, Herr Löwe, Direktor des Straßburger Elektrizitätswerks, teilnahm. In bezug auf die Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation führte Herr Löwe aus, daß er mit der Organisation in seinem Betriebe nur gute Erfahrungen gemacht hätte. Der vordem im Betriebe bestandene Ausschuss, hinter dem der Verband nicht gestanden sei, habe gar keinen Wert gehabt, erst nachdem der Verband selbst im Ausschuss mitwirkte, wurde positive Arbeit geleistet. Derselbe Herr hat früher einmal den Anspruch getan, daß derjenige Arbeiter ein erbärmlicher Feigling sei, welcher sich unter den heutigen Verhältnissen seiner gewerkschaftlichen Organisation nicht anschleife. Daß er dabei nicht etwa eine christliche Organisation oder gar einen gelben Verein im Auge hatte, beweist am deutlichsten die Tatsache, daß in der betreffenden Verhandlung für den Straßenbahnbetrieb als zuständige Arbeiterverbände der Deutsche Transportarbeiterverband und der Deutsche Metallarbeiterverband als berechtigt zu den Verhandlungen in neuemäßigten Arbeiterbeiter- und Bedienstetenausschuss bestimmt wurden. Ein vordem bestandener Ausschuss, welcher sich der Direktion gegenüber als mit den bestehenden Verhältnissen zufrieden erklärte, mußte seine Wirksamkeit einstellen.

Im gleichen Sinne wie Herr Löwe sprach sich Herr Bürgermeister Dr. Schwaner aus, der darauf hinwies, daß für die städtischen Betriebe in Straßburg ebenfalls Arbeiterauskünfte gewährt seien, bei welchen die Vertreter der gewerkschaftlichen Organisation mit zur Beratung herangezogen würden. Wir registrieren diese Tatsachen in der Erwartung, daß manche rüftändige Stadtverwaltung gleichfalls den gewerkschaftlichen Verbänden etwas mehr Anerkennung zuteil werden läßt und nicht die gelben Arbeiter- und Bedienstetenvereine direkt züchtet, wie es mancherorts geschieht.

Rechtssprechung.

Gewerkschaftsbeiträge gehören zu einer standesgemäßen Lebensstellung. Also entschied das Düsseldorf-Oberlandesgericht unter Aushebung eines Urteils des Landgerichts, das die Abrechnung von Gewerkschaftsbeiträgen bei der Feststellung des wirklichen Einkommens eines Buchdruckers als unzulässig erklärte. In den gegenwärtigen Gründen des Oberlandesgerichts heißt es: „Wenn der Vorderichter bemängelt, daß Beklagter jährlich 52 Mk. zur Gewerkschaftskasse zable, was zur Bestreitung seines Unterhalts nicht erforderlich sei, so wird Dabei der Begriff des Unterhalts bekannt. Dieser umfasst den ganzen Lebensbedarf (§ 1610 Abs. 2 B. G. B.) einschließlich der Ausgaben, die zur Erhaltung einer standesgemäßen Lebensstellung erforderlich sind. Mit Recht weist aber der Beklagte darauf hin, daß er als Buchdrucker, um eine seinen Fähigkeiten entsprechende Arbeitsstelle zu erhalten, einer gewerkschaftlichen Organisation angehören müsse, ganz abgesehen von den finanziellen Vorteilen, die er für den Fall der Arbeitslosigkeit, Krankheit und Invalidität dadurch erlangt, die aber seine Leistungsfähigkeit nicht unmittelbar erhöhen.“ Dieses Urteil ist sehr wichtig und es wäre wünschenswert, daß auch das Reichsgericht sich gelegentlich auf den gleichen Standpunkt stellen würde. Es wäre das nur eine praktische und vernünftige Anerkennung des Charakters, den die Gewerkschaftsbeiträge in jedem Arbeiterhaushalte haben. Damit wäre auch die Abzugsfähigkeit dieser unerlässlichen Ausgabe für jeden richtig fordernden Arbeiter bei der Feststellung des steuerpflichtigen Einkommens in einheitlicher Weise für ganz Deutschland begründet und die Unterschiedlichkeit je nach Bundesstaat in dieser Frage endlich ausgeschaltet. Was ein Oberlandesgericht in so klarer Weise anerkennt, sollte auch für andere Instanzen nicht unmöglich sein.

Einsendungen der Verwaltungen im Monat Juli 1911.

Apolda	30,50	Kaiserslautern	75,—
Aschach	14,60	Klein-Aubheim	112,80
Altenburg	30,—	Klein-Steinheim	124,—
Bautzen	49,95	Königsberg	189,80
Bayreuth	80,—	Konstanz	153,90
Berlin	5587,68	Lammerpiel	2,25
Bielefeld	250,—	Leipzig	458,80
Bonn	25,—	Liegnitz	20,—
Böckum	21,40	Magdeburg	250,—
Breslau	800,—	Mannheim	18,80
Braunenburg	274,10	Marxthal	7,—
Branischweig	202,27	Maria	22,70
Bremen	90,—	Meerane	72,10
Bremerhaven	180,—	Milkröfe	28,—
Bürgel	18,25	München	342,58
Chemnitz	200,—	Mühlhausen	50,—
Colmar	52,60	Mühlheim a. R.	79,40
Danzig	70,—	Wilhelm a. R.	111,60
Deßau	40,—	Reu-Zienburg	215,65
Dortmund	50,—	Riederschleima	72,40
Dresden	518,60	Rürnberg	33,55
Duisburg	69,90	Offenbach	1280,52
Düsseldorf	80,40	Obersthausen	194,45
Eisleben	64,—	Ohrdruf	67,10
Eisenach	109,30	Potsdam	27,65
Essen	200,—	Rathenow	28,80
Ehlingen	99,40	Reinseid	85,50
Erlangen	81,50	Rothenburg	61,20
Frankfurt a. M.	1058,15	Rosslod	88,—
Freiberg	282,—	Straßburg	80,—
Hünsterwalde	29,20	Striegau	84,10
Cera	62,47	Stargard	21,20
Cera-Elgersburg	126,—	Stuttgart	849,02
Gelsenkirchen	28,70	Stettin	160,—
Glogau	15,90	Sölingen	86,40
Graulsen	195,60	Ulm a. D.	40,—
Hannau	86,60	Uetersen	34,90
Hannover	800,—	Warel	86,75
Hamburg	400,—	Wiersen	28,60
Hagen	85,—	Werbau	70,10
Hellbronn	131,40	Weiskirchen	52,80
Heusenstamm	191,70	Wismar	100,—
Jena	190,50	Wiesbaden	20,—
Jüdesheim	151,10	Witten	89,60
Kassel	174,72	Worbis	28,80
Karlshöhe	58,84	Zwickau	38,80

W. Siebel, Hauptkassierer.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Der Kollege Albert Bergk wird erachtet, seinen Verpflichtungen der Verwaltungsstelle Düsseldorf gegenüber nachzukommen.

An die Ansahler der Unterstügungen.

In der letzten Zeit wurde wiederholt festgestellt, daß die Erwerbslosenunterstützung an Mitglieder ausbezahlt worden ist, bevor sie 52 Wochen dem Verbands angehört haben. Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, daß im voraus bezahlte Beiträge nicht in Anrechnung zu bringen sind, sondern daß Reisende, Arbeitslose und Kranke nur dann Anspruch auf Unterstützung haben, wenn sie 52 Wochen, das heißt ein Jahr Mitglied sind und für diese Zeit Beiträge geleistet haben.

Auch werden im allgemeinen sehr viele Fehler zum Schaden des Verbandes bei den Auszahlungen gemacht. Wir bitten dringend, sich an das Regulative zu halten, dann können solche große Fehler nicht auftreten.

Auch bitten wir, die Bücher, welche den Ausländern abgenommen werden, sofort an die Hauptkasse einzufenden. In sehr vielen Fällen ist die grüne Karte eher in unseren Händen als das Buch.

Adressenänderungen.

Chemnitz. B. M. Zimmermann, Dorotheenstr. 22.

Hagen. Vertrauensmann R. Behner, Hochstr. 85.

Halle. Auszahlung der Reiseunterstützung wöchentlich von 6 bis 7 Uhr abends, Sonntags von 12 bis 1 Uhr mittags, bei Albert Kränke, Parkstr. 16 11.



Anzeigen



Orts-Krankenkasse der Sattler und verwandten Gewerbe zu Berlin.

Die von der Generalversammlung, am 25. April 1911 beschlossene 10. Abänderung des Statuts ist durch Beschluß des Bezirksausschlusses vom 18. Juli d. J., genehmigt worden.

Die Änderung betrifft § 20 des Statuts und tritt am Montag, den 14. August 1911 in Kraft.

Der Vorstand:
F. Waghart, Vorsitzender,
R. Reichmann, Schriftführer.

Zentral-Bankenkasse der Sattler, Portefeuller u. Berufsgenossen Deutschlands, G. H. 64 in Berlin.

Quartalversammlungen.

Tagesordnung:

1. Bericht und Abrechnung vom 2. Quartal 1911.
 2. Wahl des halben Vorstandes.
 3. Verschiedenes.
- Braunburg. Mittwoch, den 16. August, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus.

Sattelmacher,

auch Teilarbeiter, sowie einen **Damensattelmacher** für dauernde Stellung bei hohen Löhnen stellt ein **Reinhardt, Berlin, Markgrafstr. 70.**

Der Riemen- und Seilscheibenbetrieb, nebst Anleitung zur Berechnung der Stärke der Riemen. Unentbehrlich für die Kollegen der Treibriemenbranche. Franco überalhin für 1 Mk. durch **R. Sommer, Halle a. S., Dessauerstr. 15.**

Gesucht

tüchtige Teilarbeiter auf englische Herren- u. Damensättel. Stellung dauernd.

H. Passier & Sohn, Sattler, Hannover.

Sterbetafel.

Halle. Albert Petruska, Wagenjattler, 21 Jahre alt, beim Baden an Lungen Schlag. **Ehre seinem Andenken!**

Verfammlungskalender.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir kostenlos diejenigen Versammlungsangelegen, die bis zum Redaktionsschluss bei uns eintreffen.)

- Bautzen. Sonnabend, den 19. August, abends 8 1/2 Uhr, „Stadt Zittau“.
- Berlin. Treibriemenbranche. Sonnabend, den 19. August, abends 8 1/2 Uhr, im „Kosenthalet Vereinshaus“, Kosenthalet Straße 57.
- Braunschweig. Dienstag, den 15. August, abends 8 1/2 Uhr, Gewerkschaftshaus, Saal 5.
- Breslau. Sonnabend, den 19. August, abends 9 1/2 Uhr, im „Grünen Bergel“.
- Chemnitz. Sonnabend, den 19. August, abends 8 1/2 Uhr, „Stadt Weitzen“, Kochliser Straße 8.
- Dresden. Dienstag, den 15. August, abends 8 1/2 Uhr, „Volkshaus“, II. Saal.
- Gelsenkirchen. Sonnabend, den 19. August, abends 8 1/2 Uhr, Volkshaus, Saal 5.
- Hagen. Sonntag, den 20. August, vormittags 11 Uhr, Restaurant Schürhoff, Hochstr. 85.
- Konstanz. Sonnabend, den 19. August, abends 8 1/2 Uhr, „Eilberner Mond“, Hofhalde.
- Mühlhausen i. Th. Sonnabend, den 19. August, abends 8 1/2 Uhr, „Kaiser Wilhelm“.
- Straßburg. Sonnabend, den 19. August, abends 8 1/2 Uhr, „Zum Falken“, Schiffleertablen.
- Stuttgart. Sonnabend, den 19. August, abends 8 Uhr, Automobiljattler im Rest. Bah, Cannstatt, Karlsstr. 97.

Lederfabrik,

Spezialität Offenbacher Artikel, sucht jungen, fleißigen, sachkundigen Vertreter. Offerten unter G. D. an die Expedition dieser Zeitung.

Damenhutkoffer,

breiteilig, nur gut erhalten und groß, werden zu kaufen gesucht. Offerten mit genauer Maßangabe und Preis erbitten unter B. D. 4806 an Rudolf Mosse, Breslau.

Portefeuller- und Sattlerwerkzeugen

Spezialität: Jangen zu jedem Artikel und Gebrauch, Gieberdrück- und Cortelierzangen aus einem Stück, kein Abgeben der Baden mehr, in empfehlende Erinnerung. Zu jeder Tageszeit wird geschliffen. Preisverzeichnis franco zu Diensten. **Georg Ditter, Werkzeugfabrikation Offenbach am Main, Gr. Marktstr. 42.**

Werkzeuge, Beschläge, Riemen u. Stifte.

Spezialität von **E. Reubauer, Offenbach a. M.** Lieferung sofort ab Lager.

Lehrbücher für Sattler:

- Vergershoff, Der moderne Tapezierer... 7,50 Mk.
- Buchner, Wie legt u. beh. man Einoleum? 2,70
- Morgenstern, Der Sattler als Zeichner 5,00
- Mausch, Der Wagenfabrikant... 9,00
- Mausch, Der Wagenkasten und sein Plan 5,00
- Reuter, Die Schule des Tapezierers... 7,50
- Schäfer u. Mausch, Handbuch f. Sattler 9,00
- Schäfer, Zuschneiden der Sattler-Arbeiten 7,50

Zu beziehen durch: **Job. Sassenbach, Berlin SO. 16.** Bei Einfindung d. Betrages erfolgt franco-Zusendung.

Georg Weihnachts Bierhaus, Größte. 21.

F. Weib, Bayrisch-Kulmbacher Bier
Zahlstelle der Zentral-Bankenkasse der Sattler und der Ortsverwaltung
Zahlstelle der Sattler, Zahlstelle der „Freien Volkshaus“